

Eübeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Eübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 Mt.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum 35 Pfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 25 Pfg., auswärtige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 52.

Sonnabend, den 2. März 1918.

25. Jahrg.

In Erwartung der Dinge.

Von Richard Gäbte.

Ich schrieb in meiner letzten Betrachtung der Kriegslage: „Der Zweifrontenkrieg ist zu Ende.“ Die Ereignisse die sich während der letzten Woche im Osten abgespielt haben, die bedingungslose Annahme unserer Friedensbedingungen durch Trocki, die Rede des Reichsanzlers vom 25. Februar geben die Bestätigung dieser Voraussage. Die Bewegungen, die unsere Truppen dort unternommen haben, sind daher auch nicht militärisch zu bewerten. Es handelte sich im Norden darum, Livland und Estland, sowie Litauen so rasch als möglich von den sengenden und mordenden Banden zu befreien und dort Ordnung, Sicherheit des Lebens und der Freiheit wieder herzustellen. Man konnte darauf rechnen, daß ein erheblicher Widerstand unseren vordringenden Truppen nicht würde entgegengestellt werden. Es gibt keine russische Armee mehr, die imlande oder auch nur gewillt wäre, gegen uns zu kämpfen. Der Verlauf der letzten acht Tage hat die letzten Zweifel daran hinweggeräumt. Unsere Truppen konnten daher auch mit einer Schnelligkeit und mit einer unbesorgten Kühnheit vorgehen, die sonst nicht möglich gewesen wären. Sie hatten nur die Aufgabe vor sich, das Land nicht nur an den Hauptstraßen, sondern in möglichst großer Ausdehnung auch seitwärts davon zu besetzen. Nur an wenigen Stellen haben sie kämpfen müssen, selbst kleinere Abteilungen genügt, die Gesichte in kurzer Zeit zu ihren Gunsten zu entscheiden. Die eingeborenen Estentruppenteile — oder soviel davon noch zusammen geblieben war — sind teilweise zu ihnen übergetreten und haben sich unter deutschen Befehl gestellt.

Mit der Besetzung von Pernau, Valk und Dorpat ist Livland im wesentlichen befreit, die Eroberung des wichtigsten Hafens von Reval hat auch die westliche Hälfte von Estland gesäubert, die Stadt Pskow liegt bereits östlich der Grenzen von Livland, im gleichnamigen, großrussischen Gouvernement. Es ist nur noch 250 Kilometer von Petersburg entfernt, ebensoweit wie von Riga. Diese Wege sind unsere Truppen in den letzten sieben Tagen zurückgelegt, selbst unter den vorliegenden Verhältnissen eine erstaunliche Leistung.

Weiter südlich haben deutsche Divisionen Minsk und Borslow besetzt und damit den größeren Teil des weißrussischen Gouvernements Witbesk in ihre Hand gebracht, wohl zum besseren Schutz der Westgrenzen Litauens und seiner Hauptstadt Wilna.

Satt noch schneller sind die zur Unterstützung der Ukraine entsandten Divisionen vorgerückt: am 24. Februar bereits haben sie Schitomir erreicht, wohin die ukrainische Rada ihren vorläufigen Regierungssitz verlegt hat, und sie haben dort Verbindung mit ukrainischen Kräften aufgenommen. In sechs Tagen hatten sie 230 Kilometer Weg hinter sich gebracht und sich der Hauptstadt der Ukraine, Kiew, bis auf 130 Kilometer genähert. Im großen ganzen werden die Aufgaben, die unseren Truppen im Osten gestellt waren, wohl gelöst sein. Aber, wie ich bereits vor acht Tagen schrieb, werden wir noch längere Zeit zum Schutze der westlichen Randländer Rußlands und zur Sicherung unserer eigenen Grenzen stärkere Streitkräfte im Osten besetzen müssen, auch dann, wenn der Frieden mit Rußland endgültig und hoffentlich in kurzer Zeit geschlossen ist. Aber das ungeheure Material, das jetzt wieder in unsere Hände gefallen ist, und, wie wir annehmen dürfen, auch die Wiederaufnahme des wirtschaftlichen Verkehrs mit der Ukraine wird dem Waffengange, der uns im Westen bevorsteht, gute Dienste tun. In den Kreis dieser Erwägungen gehört natürlich auch dieser Umstand, daß unsere eigene Kriegsindustrie ihre Kräfte nur noch nach einer Richtung zu spannen hat: Aller Schießbedarf, alle Geschütze, alle Kriegsgüter werden in Zukunft nur noch gegen Westen wandern. Das wird unsere Kraft verdoppeln und uns mindestens das Gleichgewicht in Verbindung mit dem U-Bootkrieg vielleicht ein materielles Übergewicht, an jener Front verschaffen. Noch wichtiger vielleicht ist es, daß unsere im Osten zurückbleibenden Divisionen so gut wie keinen Ersatz an Mannschaften bedürfen werden; auch unsere Vorräte werden alle die Kämpfe im Westen allein noch zu nähren haben. Daß die Aufgaben unserer Heeresleitung sich vereinfachen, sei nebenbei erwähnt. Wir haben mitten im schwersten Ringen keine Offensiv-Brustflans, keinen fernsichtigen Feldzug, keinen rumänischen Treubruch mehr zu befürchten, der Blick unserer militärischen Führer kann sich unbeirrt und fast unbesorgt um unseren Rücken, der einen Richtung zuwenden, in der der blutige Schlachtenlos über unsere Zukunft noch zu entscheiden hat. Dort kann nunmehr die ganze zewaltige Kraft Deutschlands eingesetzt werden, um auch mit den „is“ zu sichern.

Die Verhängung des Zweifrontenkrieges ist ein strategisches Beispiel dafür, wie man einen Krieg gewinnt, ohne daß man es nötig hat, das feindliche Land in seiner Gesamtheit zu erobern und zu unterwerfen. Wir brauchen nicht nach Moskau zu marschieren oder gar bis zum Ural und den fernerer Randgebirgen des Kaukasus unsere furchtbare Hand zu strecken, um den Frieden zu erzwingen, den wir notwendig hielten. Wir hatten auch nicht nötig, das

russische Heer durch Waffengewalt völlig zu zertümmern — erst die Revolution hat das durch unsere Erfolge eingeleitete Werk vollendet. Der Gewinn des Krieges ist vielmehr dann besiegelt, wenn die innere Widerstandskraft des Gegners und sein Wille zusammenbrechen. Napoleon erreichte dies nicht durch seinen Zug nach Moskau, wir aber konnten das schwere Werk noch innerhalb der Randgebiete des großen Rußlands zum guten Ende führen. Die Wege, die zum Ziele führen, ändern sich mit den Zeiten und Verhältnissen, das Ziel selbst bleibt unverrückbar durch allen Wandel der Jahrhunderte das gleiche. Nur ein Mittel ist stets notwendig: der Sieg auf dem Schlachtfelde. Im übrigen muß der Blick des großen Feldherrn, im Verein mit einer besonnenen, ihrer Kraft und ihrer Aufgaben bewußten Staatskunst die Wege kreuzen, auf denen das Ziel zu suchen ist. Denn jeder Friedensschluß ist ebenso sehr eine politische wie eine militärische Aufgabe. Daß Napoleon für seine an sich nicht unvernünftigen Ziele nur den militärischen Weg zu finden suchte, hat schließlich seinen Sturz herbeigeführt; die Politik Englands triumphierte über die kriegerische Kraft des großen genialen Heerführeres.

Einen Sieg wie den im Osten können wir auch im Westen sehr wohl erringen — ich betone hierbei das „können“, denn im Krieg wäre es vorzuziehen mehr zu sagen. Es heißt das Problem militärisch fassen stellen, wenn man fragt, wie man England zur Aufgabe seiner imperialistischen Kriegsziele und zur Annahme billiger, die deutsche Zukunft sichernden Friedensbedingungen nötigen könne, ohne London zu erobern, oder gar Wilson zum Eintritt in Friedensverhandlungen veranlassen könne, ohne den atlantischen Ozean mit einem Heere durchqueren und den Marsch auf Washington zu richten. Wenn man die eigenen Ziele verständig umgrenzt, gibt es militärische, politische, wirtschaftliche Mittel in genügender Zahl, die uns nunmehr zur Verfügung stehen — sie im einzelnen heranzuzählen, kann im Augenblicke nicht Gegenstand unserer Erörterungen sein. Aber allerdings — ich muß wiederholen — der Schlachtenkrieg wird die Grundlage alles anderen sein müssen.

Es sprechen manche Anzeichen dafür, daß der Sturm, in dessen Brausen die Geschichte der Menschheit sich erfüllen werden, nicht mehr allzulange auf sich warten läßt.

Was der Krieg bringt.

Von den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk

liegt nur folgende Meldung vom 23. Februar vor:

In einer formlosen Vorbesprechung der Vorsitzenden der Delegationen des Verbundes mit dem Vorsitzenden der russischen Delegation, Solonikow, wurde vereinbart, daß die Friedensverhandlungen mit einer auf morgen (also gestern) vor mittag 11 Uhr angelegten Plenarsitzung beginnen.

Daß die rumänische Regierung nicht bedingungslos kapitulieren will, geht aus folgender Meldung der „Times“ aus Jassy hervor:

Die rumänische Regierung verbreitet folgende Mitteilung: Die rumänische Regierung erkennt an, daß der Zustand, der durch die militärischen Ereignisse an der Ostfront geschaffen ist, die Möglichkeit der Eröffnung von Friedensverhandlungen nicht ausschließt. Die Regierung wird aber diese Verhandlungen nicht eingehen, bevor sie Sicherheit erhält, daß diese Verhandlungen sich auf annehmbare Bedingungen begründen. Die Gerüchte über einen Friedensschluß unter jeder Bedingung sind unbegründet.

Das Einschreiten Oesterreichs in der Ukraine

ist sowohl dem Wiener Teleg. Korrespondenz-Bureau, also einer offiziellen Stelle, als auch vom Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler im österreichischen Herrenhaus des längeren begründet worden. Wir heben daraus nur hervor, daß der Einmarsch österreichisch-ungarischer Truppen in die Ukraine nur einen durchaus friedfertigen Charakter tragen soll. Man scheint also in Wien zu glauben, daß die Bolschewisten in der Ukraine beim Herannahen österreichisch-ungarischer Truppen einfach weglaufen. Bezeichnend ist es übrigens, daß die Mittelmächte das erste Land, mit dem sie Frieden geschlossen haben, gewissermaßen dem Gegenkontrahenten erst wieder zurückerobern müssen. Das ist auch ein äußerst seltener Vorgang in der Kriegsgeschichte.

Aus Petersburg

liegen wieder eine Reihe unkontrollierbarer Nachrichten vor. Es soll ein Direktorium eingesetzt sein, dem Lenin und Trocki angehören. Dasselbe soll die Generalmobilisation und Verteidigung Petersburgs beschlossen haben. Die marxistische Regierung (also die Bolschewiki) sollen die Absicht haben, Petersburg zu verlassen. Lenin und Trocki wollen demissionieren; ihrem Abgang wird die Wiedereinberufung der Konstituante vorangehen. So widersprechend lauten die Meldungen, von denen jedenfalls keine einzige wahr ist.

Ueber die Lage in Rußland

welch die P. T. M. zu berichten: Am 27. Februar 11 Uhr fiel Kewal in die Hände der estnischen weißen Garde, die vor unbeträchtlichen deutschen Abteilungen unterlag. Heute wurde eine Abteilung abgeandt. Die revolutionäre Ordnung ist in Gdow wiederhergestellt. Die revolutionären Truppen verhinderten große Plünderungen in Nowgorod. Der Sowjet räumte unter Drohungen der Bourgeoisie, welche sich für Gema' bemächtigte, Gdow. Danach wurde die revolutionäre Ordnung wiederhergestellt. Kleine deutsche Autokolonnen rücken gegen Seberge vor. Die Sowjettruppen sprengten die Brücken. Lebhaftige Tätigkeit zur Befestigung von Polotsk und Kewal. Da der Feind nur noch 70 Werst von Dypotol entfernt steht, wurde Befehl erteilt, die Streitkräfte zurückzuziehen und die Brücken in Brand zu setzen. Die Deutschen bemächtigten sich, die Brücken wiederherstellend, Rosenowka. Alle Maßnahmen zur Verteidigung der Linie Duki-Bologoje sind getroffen worden. Die Wiedereroberung Pskows durch unsere Sowjettruppen wird nicht be-

nötigt. Es sind Verstärkungen nötig. Schwache deutsche Kräfte rücken langsam gegen Luogs vor.

Das Abenteuer Kaledins ist endgültig erledigt. Nach der Besetzung von Kozlow am Don durch die revolutionären Truppen am 23. Februar und nach blutigem Handgemenge vor Berlenowladrangen die Sowjettruppen, nachdem sie auf einer Front von mehr als 40 Werst bei Nowoscherlast vorgerückt waren, in Nowoscherlast ein. Der Gegner wich in Richtung auf Katsafaja am Don zurück. Der Gegner unter dem Befehl von Alexejew und Kozlow sucht sich in das Innere des Don-Militärbezirks zurückzuziehen. Nowoscherlast ist besetzt. Bei Kozlow, wo die revolutionären Streitkräfte lagern, entwickelten sich Gesichte mit dem Nachst Kornilows, der alle Kräfte anstrengt, um in Jekaterinoslaw einzudringen. Es gingen Verstärkungen für den Gegner ab.

Bericht über die Lage im Norden. In der Vollziehung der Matrosenabteilungen in Helsingfors wurde beschlossen, daß jeder seinen Posten bis zur letzten Minute behaupten solle. Teilweise hat die Wegschaffung der Wertobjekte begonnen. Alle Schiffe verließen den Hafen von Kronstadt ruhig. Die Matrosen waren begeistert für die Verteidigung der Revolution. Der Generalstab der Nordfront verlegt Ewer. Abteilungen der roten Garde wurden nach Bologoje und anderen Punkten geschickt. Die Mobilisation wird mit Eifer fortgesetzt. Die Soldaten vergessen ihre Erschöpfung: sie sind zum Kampfe bereit. Kewal, 20 Werst vom Kewal, ist durch die weiße Garde besetzt worden. Die Artilleretätigkeit läßt vermuten, daß die Deutschen vorrücken.

Aus diesen Berichten geht hervor, daß die Russen dem deutschen Vorrücken doch mancherlei Widerstand entgegensetzen.

Die Japaner

halten ihre Zeit jetzt anscheinend für gekommen, um in Sibirien einzugreifen.

Wie „Associated Press“ aus Washington meldet, wandle Japan sich an Amerika und die Ententemächte mit dem Vorhabe, gemeinsame militärische Vorbereitungen in Sibirien zu treffen, um die großen Kriegsvorräte in Wladivostok und den Stationen der sibirischen Bahn zu retten. Die amtlichen Kreise Washingtons fanden diesen Vorschlag zunächst nicht völlig annehmbar, aber der Meinungsaustausch wird fortgesetzt und wird vielleicht zu einer Aenderung der Haltung der Regierung führen. Die Japaner meinen, daß die Lage in Sibirien gewisse Maßregeln und selbst eine militärische Aktion seitens Japans rechtfertigt. Die Japaner wären mit der Beteiligung von amerikanischen und Ententetruppen ganz einverstanden. Die Frage sei nur, ob Japan gleich vorgehen darf, oder ob eine gemeinsame Unternehmung stattfinden soll.

Der englische und französische Botschafter

haben den Staub der russischen Hauptstadt von ihren Pantoffeln geschüttelt. Sie sind mit ihrem Personal abgereist.

Der finnische Landtag

ist zu einer außerordentlichen Sitzung einbezogen worden. Ob seine Tagungen zustande kommen werden, möchten wir stark bezweifeln.

Die estländische Rada veröffentlicht ein Manifest, das Estland zum unabhängigen neutralen Staat erklärt und eine provisorische Regierung einsetzt. Die in russischen Regimentern stehenden estländischen Soldaten werden zurückberufen.

Der Rücktritt des serbischen Kabinetts

wird in folgender Form gemeldet aus Korfu berichtet: Bei der Präsidentenwahl in der Stupschina am 27. Februar erhielt der Regierungskandidat 54 Stimmen gegen 39, die auf den Kandidaten der Opposition fielen. Infolge dieser äußerst geringen Mehrheit von vier Stimmen für die Regierung reichte das gesamte Kabinett seine Entlassung ein. Leider kann man hieraus nicht erkennen, welcher Art die Opposition ist. Will sie, wie es schon einmal hieß, die Einleitung von Friedensverhandlungen?

Schweizer Gebiet

find wieder mehrere Fliegerbomben im Kanton Schaffhausen geworfen worden. Sie sind französischen Ursprungs.

Anklage gegen Caillaux

fällt immer mehr ins Wasser. Nach Drahtungen aus Paris hat der mit der Ueberprüfung des Caillauxschen Panzerfaches in Florenz betraute Sachverständige festgestellt, daß die dort gefundenen Vermögenswerte 380 000 Francs nicht übersteigen, daß sie Frau Caillaux gehören und einwandfrei Ursprungs sind. Alle diesbezüglichen Anklagen sind somit hinfällig.

Wie aus Meldungen aus Havre hervorgeht, hat der belgische Minister des Aeußern auf die

Rede Hertlings

erklärt, die belgische Regierung werde nur in Uebereinstimmung mit ihren Verbündeten über den Frieden beraten. Belgien verlange Unverletzlichkeit seines europäischen und kolonialen Grundgebiets, Unabhängigkeit in jeder Hinsicht, Schadenersatz und Sicherheit vor einem neuen Angriff.

Rede Balfours

ist nach folgendes nachzutragen: Ich werde mich jetzt zu Hertlings Haltung zu den vier Grundlegenden Wilsons. Ist der Grundgedanke der Gerechtigkeit der leitende Grundgedanke der deutschen auswärtigen oder militärischen Politik? Betrachten Sie Hertlings Sinnesart bezüglich Elsaß-Lothringens. Ich wünsche ganz ehrlich vorzugehen. Es läßt sich vorstellen, daß ein Deutscher einen anderen Standpunkt über Elsaß-Lothringen einnehme, als Franzosen, Briten, Italiener und Amerikaner, aber ich kann mir keinen Mann vorstellen, der von Grundgedanken militärischer Gerechtigkeit spricht und dabei erklärt: Es gibt keine Elsaß-Lothringische Frage. Sie ist so unauflöslich, daß wir uns weigern, sie überhaupt zu erwägen, wenn die Friedenskonferenz zusammentritt. Dies ist die Erklärung dieses Friedensanwalts.

Der zweite große Grundgedanke ist, daß Völker und Provinzen nicht von einer Herrschaft an eine andere Herrschaft verhandelt werden sollen, als wenn sie unsere Sklaven wären. Wir haben erst kürzlich ein deutliches Beispiel dafür erhalten, wie Hertling in der Praxis den Grundgedanken auslegt, den er in der Theorie billigt. Ohne auf die anderen Eroberungen oder territorialen Umanmachungen einzugehen, die Deutschland in Rußland gemacht hat oder im Begriff ist zu machen, weiß Holt sehr wohl, daß Deutschland bei der Festlegung der Grenzen der Ukraine einen Teil ungewisser polnischer Gebiete der neuen Republik ausbedingte. Das Ergebnis war ein Ausbruch polnischer Erbitterung, der dazu führte, daß man ein Zugeständnis machte, und daß die unter deutschem Einfluß festgesetzte Grenze augenscheinlich abgeändert werden wird.

Wir kommen dann zu dem dritten Grundgedanke, und hier macht Hertling wie ich sehe, eine gefährliche Absehwelung und sagt, daß das Gleichgewicht der Mächte mehr oder weniger eine veraltete Doktrin ist. Er bemerkt weiter, daß England die große Stütze der Lehre vom Gleichgewicht der Mächte war, und daß England sie stets zum Zwecke seiner Vergrößerung angewandt hat. Dies sind seine genauen Worte: „Es ist nur ein anderer Ausdruck für Englands Herrschaft.“ Das ist eine äußerst unhistorische Methode, die Frage zu betrachten. Unter Land kämpfte einmal, zweimal, dreimal für das Gleichgewicht der Mächte, und es hat für das Gleichgewicht der Mächte gekämpft, weil nur durch einen solchen Kampf Europa vor der Herrschaft einer herrschlichsten Nation bewahrt werden konnte.

Wird wir für das Gleichgewicht der Mächte kämpfen, haben wir Friedrich den Großen und den damaligen preussischen Staat vor der Vernichtung bewahrt. Wird wir für das Gleichgewicht der Mächte kämpfen, ermöglichen wir Preußen, die Unabhängigkeit wieder zu gewinnen, aus der es durch die triumphierenden Armeen Napoleons verdrängt worden war, und es steht einem deutschen Staatsmann über an, wenn er auf die Vergrößerung zurückblickt, England und seine Bemühungen um das Gleichgewicht der Mächte falsch darzustellen oder die Denkhilfe außer Acht zu lassen, die Deutschland England für diese Bemühungen schuldet. Ich gehe weiter und sage: Bis der deutsche Militarismus der Vergangenheit angehört, und bis es ein internationales Schiedsgericht gibt, kann man niemals den Grundgedanken ignorieren, der dem Kampf für das Gleichgewicht der Mächte zugrunde liegt. Wenn Hertling wirklich das Gleichgewicht der Mächte zu einem veralteten Ideal der internationalen Staatskunst zu machen wünscht, so muß er seine Landsleute dahin bringen, jene Politik verbitterter Herrschaft aufzugeben, die die Welt in diesem Augenblick vermisst. Das ist der wirkliche Feind, und seine Zerschöpfung würde uns jetzt und für immer den Frieden bringen.

Es mutet in der Tat eigentümlich an, wenn Balfour erklärt, daß England für das Gleichgewicht der Mächte kämpfe, um Europa vor der Herrschaft einer herrschlichsten Nation (alle Deutschland) zu bewahren.

österreichischen Herrenhaus

wurde nach langer Debatte ein Antrag, Czernin und seiner Politik Vertrauen auszusprechen, angenommen.

Die „Times“ teilt mit, daß das Arbeitermemorandum der Entente über die Kriegsjahre binnen kurzem in die Hände der Sozialisten der Zentralmächte durch neutrale Vermittlung kommen werde. Branding werde die Regierung der Verbretung übernehmen. Hunsman bleibt vorläufig in England, während Branding mit der Bildung eines

Komitees von Sozialisten in den neutralen Ländern

beschäftigt ist. Wenn eine internationale Konferenz in Stockholm oder in der Schweiz zusammenberufen werde, dann sei dies aber nicht vor zwei bis drei Monaten zu erwarten. In jedem Falle würden die Arbeiter der Alliierten sich weigern, mit den deutschen Mehrheitssozialisten zusammenzutreffen, wenn nicht auch die Widerstandspartei der Sozialisten der Zentralmächte Pässe erhielte. Inzwischen treffen die Arbeiterführer der Alliierten Vorbereitungen zum Besuche von Abgeordneten ihrer Parteien bei Comper, dem Präsidenten des amerikanischen Arbeiterverbandes, um ihre Meinung bezüglich des Memorandums herbeizuführen. Die Abordnung wird vermutlich innerhalb 14 Tagen sich nach den Vereinigten Staaten begeben.

Schluss der Staatsberatung

In der letzten Sitzung des Reichstages legte Graf Bismarck die schwere Finanzlage des Reiches dar und stellte dabei fest, daß wir jetzt glücklicherweise bei 124 Milliarden Schulden angelangt sind. Die Regierung wird nur durch Monopole aus diesem Dilemma herauskommen können. Am nächsten sprach der Abg. Bogthert von den Unabhängigen. Er brachte im wesentlichen das schon von Schridemann und Henke zu den lehrbaren Fragen Gesagte. Keine Unterschiede der Seite natürlich ausgenommen. Lediglich seine Enthaltungen über den „Rateneinkauf“ erregte das größte Interesse des Hauses. Ein Vertreter des Reichstages legte in der Schlussrede seine grundsätzliche Unterweisung, und im Falle

der Bestätigung des von Bogthert Vorgebrachten auch unaufrichtige Andeutung des Geschehenen zu. Die Widerreden der Generale Briesberg und Scheuch in der Streiktrane brachten nichts wesentlich Neues. Alle weiteren Redner und Debattanten trugen der allgemeinen Stimmung des Hauses Rechnung, die auf baldiges Nachhausefahren eingestellt war. Der Reichstag wurde bis zum 12. März vertagt.

Die Kriegslage

Die Heeresberichte

W.B. Berlin, 1. März, abends. (Amtlich.) In der Champagne, sowie zwischen Maas und Mosel führten wir kleinere Unternehmungen mit Erfolg durch. Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Wien, 1. März. (Amtlich.)

Westlich der Brenta scheiterte ein Vorstoß der Italiener. Von Regierung und Bewohnern immer wieder und in den jüngsten Tagen besonders eindringlich aufgerufen, sind getrennte Truppen des Feldmarschalls von Böhlen-Ervoll zu friedlicher Intervention in Bosolien eingezückt und haben die Linie Dossolizza-Chatin-Ramenier-Bodolst erreicht. Die an den Bahnen und wichtigen Straßen vordringenden Abteilungen haben den Auftrag, in den durchschrittenen Gebieten Ruhe und Ordnung herzustellen und die für die Einfuhr nötigen Handelswege zu sichern. Bisher haben nahezu 10 000 Russen die Waffen gestreckt. Beträchtliche Mengen an Munition, Fuhrwerke und rollendem Material wurden gebergt.

Politische Rundschau

Deutschland

Reichsstelle für Schuhversorgung

W.B. Berlin, 1. März. (Amtlich.) Der Bundesrat erließ am 28. Februar eine Verordnung, welche die Errichtung einer Reichsstelle für Schuhversorgung vorsieht. Diese Stelle, aus einem Vorstand und einem aus den Berufs-, Verbraucher- und Konsumentenkreisen zusammengesetzten Beiräte bestehend, wird dem Reichswirtschaftsamt unterstellt, und eine Zusammenfassung aller der Schuhversorgung für die bürgerliche Bevölkerung dienenden Kriegsorganisationen bilden. Bei den zunehmenden Schwierigkeiten machte sich der Mangel einer Spitze fühlbar bemerkbar, da nur durch Einbeziehung der vollen Ausnutzung des sonst zerstückelten spärlichen Materials und der Ersatzstoffe gewährleistet werden kann. Die neue Reichsstelle übernimmt auch die in diesen Fragen bislang der Reichsbekleidungsstelle zustehenden Befugnisse.

Es gibt Leute, die beim Lesen dieser Zeilen ausrufen werden: „Nun gibt es überhaupt keine Schuhe mehr!“ Hoffentlich behalten sie nicht recht!

Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus

Das Abgeordnetenhaus hat am Donnerstag die zweite Sitzung des Staats der Justizverwaltung zu Ende geführt. Die Debatte drehte sich in der Hauptsache um die Frage der Lage der Rechtsanwaltschaft, um Beamtenfragen und um das Kapitel der Kriminalität der Kuerblichen. Von allen Seiten wurde diese bedeutliche Erscheinung hervorgehoben. Auch über die gewaltige Zunahme der Straftaten im allgemeinen wurde Klage geführt und die Ursache dafür in der erschlaffend trocken Zahl der Kriegsverordnungen erblickt. Es wurde betont, daß die Ueberfülle von Strafandrohungen verheerend auf das Rechtsbewußtsein wirkte. Der Justizminister griff wiederholt in die Debatte ein, einmal um die Erklärung abzugeben, daß die politische Genügnung kein Anlaß sei, Rechtsanwaltschaft vom Notariat auszuschließen oder ihnen den Titel Justizrat zu verweigern, und zweitens um zu betonen, daß große Reformen des Rechts jetzt im Reiche nicht in Aussicht genommen werden können. Im übrigen ist aus den Verhandlungen eine längere Rede des Fortschrittlers Canzow zu erwähnen, der mit Nachdruck forderte, daß auf keinen Fall Dissidenten deshalb, weil sie aus der Kirche ausgeschieden seien, die Fähigkeit zur Erhebung ihrer Kinder abzusprechen werden dürfe und daß politische Gründe nicht zur Verkündigung der Kürzungsverordnungen führen dürfe. Hierauf begann das Haus nach der Beratung des Medizinalwesens, die, nachdem der Abg. Kappeler sich über die Arbeitslosigkeit und die Säuglingssterblichkeit verbreitet hatte, vertagt wurde.

Eine nationalliberale Stimme für das gleiche Wahlrecht

Der frühere Elsaß-Lothringische Unterstaatssekretär Dr. Keri, der für als erster Elsaß-Lothringischer Nationalliberaler bezeichnet, hat an die nationalliberale Fraktion des preussischen Abgeordnetenhauses folgendes Schreiben gerichtet:

„Sehr geehrte Herren und Parteifreunde! Die mir stets teuer gediehene Erinnerung an die Zeit, wo ich vor Jahren als erster Elsaß-Lothringischer mit jugendlicher Begeisterung der nationalliberalen Reichstagsfraktion angeschlossen, gibt mir den Mut, mir in dieser feierlich ernsten Stunde, welche das Herannahen schicksalsschwerer Entscheidungen sowohl in der Heimat als draußen auf der blutigen Waststatt befundet, aus der alten freien Reichshadt die Stimme zu erheben und an Sie die dringende Bitte zu richten, einmütig und mit allem Nachdruck für das allgemeine gleiche Wahlrecht zum preussischen Landtag einzutreten. Mit Recht haben unsere Genannungsgenossen der Zweiten Kammer des badischen Landtags in dem an Sie erangenen Appell hervorgehoben, daß diese Frage eine einschneidende Bedeutung für die ganze Nation gewonnen hat. Mit voller Ueberzeugung lästliche ich mich der Auffassung an, daß nur durch die Durchführung der uneingeschränkten, dem Sinn und Wortlaut der kaiserlichen Verfassung entsprechende Wahlrechtsleichheit das Reich vor weiteren inneren Erschütterungen bewahrt bleiben wird, die dreifach verhängnisvoll wären in dem Augenblick, da das Vaterland des ermutigten reiflosen Zusammenwirkens aller seiner Söhne bedarf, um die letzten Schlage gegen unsere Feinde zu führen und den erdabtigen Sieg an unsere Fahnen zu heften.

Wie alles in der Welt, hat auch das allgemeine gleiche Wahlrecht seine Schattenseiten; jedes andere Wahlssystem weiß aber noch größere Schattenseiten an. Jedenfalls ist die Gewährung des allgemeinen gleichen Wahlrechts ein unabweisbares Gebot der Zeit. Kögen alle beunruhigten Stellen dieses Gebot hören und beherzigen, bevor es zu spät ist!

Mit deutschen Gruß aus der Weimarer des Reiches und in aller Treue

Ihr ergebener

Dr. Keri, Unterstaatssekretär e. D.

Loospiegel in industriellen Betrieben

In einen ganz eigenartigen Zweig des Volkseigentums leuchtet dieses Schriftstück hinein, das uns der Vorfrühlingswind auf den Tisch geweht hat:

Militär-Polizeistelle

Köln

Köln, den 31. Januar 1918.

„Tgl. No. 302/18 geheim!“ Von gewissen Elementen der Arbeiterschaft wird zurzeit beachtlich, durch unauffällige Zerstörung von Maschinen pp. die Lahmlegung von industriellen Werken zu verursachen. Auf die beachtlichen Maßnahmen wird im Interesse des Reiches besonders hingewiesen und gebeten, in der nächsten Zeit diesem Punkte, insbesondere auch von Seiten der Vertrauensleute in den Betrieben erhöhte Aufmerksamkeit zu zuwenden.

Saugmann (oder Hausmann)

Was ist das für ein niederträchtiges, hinterlistiges Treiben, das da im Spiele ist? Welcher Art sind die „Vertrauensleute in den Betrieben“, die der „Militär-Polizeistelle in Köln“ hinterbracht haben, von irgendwelchen „Elementen“ der deutschen Arbeiterschaft wurde Sabotage „beabsichtigt“? Es ist ein höchst dankenswerter Zufall, der dieses Papier aus dem Dunkel polizeilicher Machenschaften ins Licht der Öffentlichkeit speidiert hat! Wer bürgt dafür, daß diese Prachtmenschen von „Vertrauensleuten in den Betrieben“ Arbeitern gegenüber als Loospiegel auftreten? Was für Individuen mögen das sein, die nach der Haltung der Arbeiterschaft in dreieinhalb schweren Kriegsjahren — drinnen und draußen! — es waren, mit diesen infamen Verdächtigungen zu kommen? Dabei lugt die Blumpheit und Blödsinnigkeit dieser Anschwärzereien aus jeder Zeile dieses Schriftstückes! Zweimal kommt in dem Zirkular das Wort „beabsichtigt“ vor. Daraus ergibt sich, daß die famosen „Vertrauensleute“ dieser Militär-Polizeistelle nichts wissen. Das schließt natürlich nicht aus, daß sie für ihr Treiben von der genannten Stelle bezahlet werden, und es entfällt die Frage: ob denn diese Subjekte, die solche Berichte über angebliche „Absichten“ irgendwelcher Arbeiter der „Militär-Polizei“ überliefern, nicht auch geneigt seien, durch bestimmte Antriebe Momente zu schaffen, die in den Augen der zahlenden Auftraggeber als greifbare Resultate der angeblichen „Absichten“ der Arbeiter gelten könnten? Es liegt auf der Hand, daß durch solches Treiben unabsehbares Unglück angerichtet werden kann. Ebenfalls wird über das vorliegende Zirkular von den wirklichen Vertrauensleuten der Arbeiterschaft an den zuständigen Stellen noch ein recht ernstes Wort geredet werden müssen und geredet werden!

Spanien

Der Wahlsieg des Kabinets Garcia Prieto

„Hollands Nieuwsbureau“ meldet: „Das spanische Kabinett hat keine Demission eingereicht. Der König sprach Garcia Prieto erneut sein Vertrauen aus, so daß das Kabinett mit geringen Veränderungen im Amt verbleibt. Für den bisherigen Finanzminister Ventosa tritt Carate ein, und die Leitung der öffentlichen Arbeiten übernimmt an Stelle von Rodas der bisherige Chef der Lebensmittelversorgung Luis Silvela.“

Die „Morning Post“ meldet: „Das Ergebnis der Wahlen ist ein glänzender Sieg für die Partei der Monarchie und der Ordnung. Die Wahlen fanden unter unaußerer Aufregung statt, besonders, wo alle früheren Gruppierungen durch den Gang der Ereignisse in den letzten Jahren ihren anfänglichen Sinn verloren haben. Die Vertreter der republikanischen Partei haben eine Menge Siege verloren. Die Revolutionären sind schwer geschlagen. Madrid, bisher die Hochburg aller nach links neigenden Elemente, hat nun fünf Monarchisten, zwei Sozialisten und einen Republikaner als Vertreter.“

Aus Südbad und den Nachbargebieten

Sonnabend, 2. März

Eine Mitglieberversammlung des Sozialdemokratischen Vereins mit sehr wichtiger Tagesordnung findet am Dienstag abend, 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50/52, statt, auf die wir die Parteimitglieder schon heute aufmerksam machen.

Flaggen heraus

Diese Aufforderung, die besonders während der ersten Zeit des Krieges sehr oft in der bürgerlichen Presse bei wichtigen und auch bei richtigen Anlässen erschienen ist, richtet eine uns zugegangene Zuschrift diesmal im anderen Sinne an die Bevölkerung Angefaßt der Anspannung an Stoffen fordert sie die Herabgabe der Flaggen zur Anfertigung von Bekleidungsstücken für die Kinder. Dieser Gedanke ist sehr beherzigenswert, und wir können uns keine bessere Verwendung der vielen im Besitze der meisten Hausbesitzer befindlichen, oft eine ganz respektable Länge aufweisenden Flaggen denken, als in dieser stoffarmen Zeit für Bekleidungsgegenstände zu dienen. Der Einleuber schreibt: Die Bekleidungsfrage wird von Tag zu Tag brennender. Besonders erfüllt sie die kinderreichen Familien mit größter Sorge. Ein Kind kann die Hemden, die es im ersten Kriegsjahre trug, heute nicht mehr anziehen. Der jetzt fünfjährige Junge braucht einen bedeutend größeren Anzug als der sechsjährige. Die Eltern stehen vor der bängigen Frage, was werden wir unseren Kindern im kommenden Sommer anziehen? Heute wird manches fast unbrauchbare Bekleidungsstück noch durch den Ueberzieher beim durch das Mäntelchen verdeckt. Was aber, wenn die liebe Sonne unsere Kleinen zwingt die „Bemantelung“ abzulegen? Da wollen unsere Flaggen auswechseln! Aus dem weißen Streifen werden Hemden und Mädchenhöschen, aus dem roten Kleider und Kuffenmittel, aus dem schwarzen Leinwandhöschen für Jungen hergestellt. Gelbe Streifen sind als Beflag verwendbar. Zahlreiche Kleiderfabriken sind beschäftigungslos; sie würden in einigen Wochen unsere gelben Flaggen verarbeiten können, und Millionen von Kindern würde für den kommenden Sommer gehalten sein. Man wird mir entgegen, die Flaggen seien etwas Heiliges und könnten so nicht verwendet werden. Oder, sie mühten den hoffentlich bald kommenden Frieden mit weißen helfen. Den Frieden zu schmücken mögen der deutsche Waid und das festhafte Papier dann mit übernehmen. Wieviel schöner wäre es aber, wenn unsere Flaggen unseren Kindern ein Friedenskleid gäben. Und dann noch eins: sind uns die Flaggen etwa heiliger als unsere Kleiderhosen? Darum mögen diese Zeilen zur Bildung von Flaggenbeständen Betanlassung geben, und wenn dann die Bitte für unsere Kleinen ausgesprochen wird, ja dann aber ausnahmslos: „Flaggen heraus!“

Die Schreibwaren werden noch teurer!

Der Reichsverband für den Papier- und Bürobedarfshandel, Sitz Frankfurt a. M., hat, wie gemeldet wird, zum 1. März neue Preise festgesetzt, die zum Teil mit den betreffenden Fabrikantenvorhaben übereinstimmen und zum Teil eine Erhöhung beinhalten. Die neuen Preise umfassen Akten-, Normal-, Kasten- und Konzeptpapiere, Panilla-, Normal- und Schulakten-, bedel, Briefumschläge, Briefkopf, Fern-, Briefordner, Briefpapier,

Metz, Kopier-, Tinten- und Farbstifte, Durchschlagpapiere, Karbänder, Federn, Kopierbücher, Polstarkarton, Notenpapier, Quittungsbücher, Rechnungsblöcke usw.

Nichtpreise für Speiseleim.

Für Speiseleim sind von der Volkswirtschaftlichen Abteilung des Kriegsernährungsamtes nach Anhörung der Senfkorn-Einzelstellen folgende Nichtpreise festgesetzt worden:
1. Bei der Abgabe durch den Erzeuger an den Kleinhandel 60 M. für den Zentner. In Mengen unter 10 Kilo kommt ein Aufschlag von 10 M. für den Zentner hinzu.
2. Bei der Abgabe durch den Kleinhandel an Großverbraucher in Mengen von 1 bis 5 Kilo 90 M. für das Pfund.
3. Bei der Abgabe durch den Kleinhandel an Verbraucher, in Mengen von weniger als 1 Kilo 1.10 M. für das Pfund.
4. Beim Verkauf in Originalpackungen durch den Kleinhandel, mit einem Aufschlag von 45 Pfg. für das Pfund auf den Erzeugerpreis.

w. Müll. Der ging aufs Ganze. In der letzten Schöffengerichtssitzung wurde gegen den Gastwirt und Landmann Westphal aus Breitenfelde verhandelt, der in den Jahren 1916-17 die sich aus den Erntetrüben ergebende Heberschuldenmenge nicht abgeliefert hat. Es wurde festgesetzt, daß bei recht niedriger Ernteberechnung zusammen 464 Zentner Getreide als Weizen, Roggen, Hafer und Gerste nicht abgeliefert wurden, mithin verschwunden sind. Wo diese Getreidemengen geblieben sind, will der Angeklagte nicht wissen; er wurde zu — 1000 Mark Geldstrafe verurteilt. Einen Kommentar mußten wir uns vorbehalten! — Bahnwärter Schw. aus Hollenbeck hat ohne Genehmigung des Landrats ein Schwein gestohlen und muß dieses Verbrechen mit 50 M. sühnen. — Der Schmiedemeister D. hat bei seiner Arbeit in einem Hause ein paar Schuhe gestohlen; als man den Diebstahl bemerkte, gab er die Schuhe heraus und zahlte 2 M. zu; es wurde aber Strafandrohung gestellt und D. zu 10 M. Geldstrafe verurteilt.

Beschlagnahme von Webstoffmaschinen n'w.

Die Beschlagnahme Nr. W. M. 9/12. 17 R. R. A. vom 1. März 1918 enthält einen Nachtrag zu der Beschlagnahme Nr. W. M. 1800/12. 15. R. R. A. vom 1. Februar 1918, betreffend Beschlagnahme und Bestandsaufnahme von Webstoffmaschinen und Ausstattungsgegenständen für Meer, Marine und Feldpost. Durch diesen Nachtrag sind Handsäcke, Handschuhe und alle anderen zum Schutz der Hände bei Verdienstarbeiten bestimmten Web-, Wirk-, Strick-, Filz- und Seilerwaren beschlagnahmt und meldepflichtig geworden. (Nach Anschlagplan) Die erste Meldung ist bis zum 15. März 1918 an das Webstoffmeldeamt zu erstatten. Der am 1. März 1918 vorhandene Bestand ist für sie maßgebend. Der genaue Wortlaut der Beschlagnahme ist bei den Landratsämtern, Bürgermeistereien und Polizeibehörden einzusehen.

„Schont die Weiden- und Haselnussbäume.“

Viele von dem stellvertretenden kommandierenden General wiederholt eingeschärft Mahnung wird von der Bevölkerung leider viel zu wenig beherzigt. Schon in Friedenszeiten konnte man die Sucht mancher Kreise, um ihr Heim mit Weiden- und Haselnussbäumen zu schmücken, die Natur zu berauben, als einen Unfug und eine Verhöhnung an der Allgemeinheit bezeichnen. In viel höherem Maße gilt dies in der jetzigen Zeit der Nahrungsmittel- und Rohstoffknappheit. Die Räschen sind im Frühling für die Honig- und Wachsbereitung durch die Bienen die wichtigsten Blüten; an den Zweigen der Haselnussbäume sitzen zudem die Nistplätze für die Mäuse, die als Nahrungsmittel und Nestmaterial von Bedeutung sind. Wer die Notwendigkeit des Schutzes der Räschen nicht einseht und in Wald und Knicke Vergehungen anstiftet, muß sich nicht wundern, wenn er die Schwere des Gesetzes zu spüren bekommt. Noch mehr werden die Händler gewarnt, die Räschen des Erwerbes willen ankaufen und feilbieten. Sie werden mit Gefängnisstrafe zu rechnen haben.

Kartellversammlung. Das Gewerkschaftskartell hielt Freitag Abend in Gemeinschaft mit den Gewerkschaftsvereinigungen und den Arbeitervereinigungen der Betriebe eine Versammlung ab, die voll abhielt. Auf der Tagesordnung stand zunächst die Bundesratsverordnung betr. die Bezahlung der wegen Kohlenmangels verurteilten Arbeiter, über die der Vorzugende Genosse Rodt schon berichtet. Nach einer kurzen Aussprache wurde beschlossen, eine Eingabe an den Senat zu richten, daß auch der wegen Strommangels verurteilte Arbeiterausfall — für den das Reich nicht aufkommt — von Staats wegen vergütet werden möge. Darauf wurde die Bundesratsverordnung betr. Bekämpfung des Schleichhandels eingehend erörtert, an die sich eine recht lange Debatte anknüpfte. Genosse Reitelhohn leitete im Namen der Arbeiter der Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft dar, daß die Auslieferung der Rüstungsgegenstände immer höhere Preise für Zulieferungsmittel zahlen, die für die Arbeiter gerade unerschwinglich geworden sind. So sei Viehl für 3,50 Mark das Pfund angeboten worden, was doch den tatsächlichen Wert aus in keiner Weise mehr entspricht. Seine Kollegen lebten es ab, solche Preise zu zahlen und erwarteten von den Arbeitern der übrigen Betriebe, daß auch diese eine derartige Forderung der wucherischen Untertiere nicht mehr länger mitmachen. Genosse Denke witz sprach für die Arbeiter des Lagerweises. Auch seine Kollegen wollten bei diesen hohen Preisen, die den Schleichhandel nur noch mehr fördern, nicht mehr mitmachen. Man konnte nicht glauben, daß — falls die Preiswaren und Zulieferungsmittel aus den besetzten Gebieten kommen — die Militärbehörden dort so hohe Preise zahlen werden. Die Waren werden von einem Ort zum anderen verschoben, wenn sie nicht abgegriffen werden und überall als „Auslandsware“ bezeichnet. Der Bundesrat wollte diese Verhältnisse mit keiner Veranordnung bekämpfen, d. h. hohe Strafen werden nicht den Privatpersonen angedroht, die sich Waren zu wucherpreisen verschaffen, sondern die Waren zum Zwecke des Handels erwerben. In der weiteren Aussprache wurde wiederholt die Vorrede, daß mit den Nationen nicht auszuhandeln sei, daß aber der zweite auch nur mehr einen halben Wochenlohn für ein Pfund Speck oder sonstiges anlegen kann. Man war allgemein der Meinung, die zu wucherpreisen angebotenen Lebensmittel in Zukunft zurückzuweisen und von Staat und Reich zu verlangen, alle Lebensmittel zu ersetzen und vor allem die Kartellisation zu erhöhen. Weiter soll eine Eingabe an den Senat gerichtet werden, die im gesamten Lübecker Staatsgebiet eine Kontrolle der Privat-Haushaltungen auf alle Warenartungen verlangt. Bei allem wurde auch die Wirtschaft im Fischhandel in der Markthalle und die Kohlenverförmung einer herben Kritik unterzogen. Die Versammlung, die der Senat der Kommission der Arbeiter am 30. resp. 31. Januar gegeben hat, werden nicht als erfüllt angesehen. Das halbe Pfund Marmelade und das kleine Quantum Geister grüße sind nicht imstande, die Not zu lindern. Es wurde ferner beschlossen, sich mit dem Kriegsernährungsamt — insbesondere dem Beirat Genossen Robert Schmidt-Berlin — in Verbindung zu setzen und auch diesem die Wünsche der hiesigen Arbeiter, daß und ihre Forderungen zu unterbreiten, damit in den Rüstungsbetrieben des ganzen Reichs gebietet, die Waren, die über den Höchstpreis angeboten werden, zurückzuweisen sind. Auch der Antrag mit den Pensionisten sollte von Nicht mehr mehr getrieben werden. Die Beschlüsse wurden einstimmig gefaßt. Am Schluß richtete Genosse Brümme, da wegen der vorgerückten Zeit das Verbot über die Arbeitspreise und ihre Bedeutung wegfallen mußte, eine Aufforderung an die Versammlung, in der Arbeiterschaft für den „Lübecker Volkskonzert“ und für den Sozialdemokratischen Verein, unserer Parteiorganisation, nicht zu erlahmen. Die Zeiten seien ernst. Die politischen Wege gehen hoch. Es geht für die Friedenszeit zu rufen. Die anderen Versammlungen müssen an der Zeit sein, damit sie die in Praxi Realisierung der Arbeiterrechte und der Arbeiterrechte, da sie in erster Linie die Arbeiterpreise und die Kartellorganisation, die auf Erfüllung des Versprechens dringen werden. Letztere würde aus alter Gewohnheit aus ganz notwendigen Gründen und oft geradezu lächerlichen Gründen immer noch der Hand der eigenen Interessen, die bürgerliche Presse, vor allem der „General-

Der amtliche Kriegsbericht.

W. B. Großes Hauptquartier, den 2. März. (Amtlich.)
Wöchentliches Kriegsausgang.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht
Nur in einem Abschnitt lebte am Abend die Gefechtsaktivität auf. Eine Gefechtsgruppe bei Sollebecke und südlich von St. Quentin brachten Gefangene ein.

Seeresgruppe Deutscher Kronprinz
An vielen Stellen der Front führten wie erfolgreiche Unterverhandlungen durch. Deutlich vor dem Feinde drangen die Truppen in das verlorene Fort Bombelle. Rheinländer und Westfalen stießen nordwärts von Froeschiefers in die feindlichen Stellungen vor. Die aus den Feindesrücken südlich von Lahore nach in Feindeshand gebliebenen Grabenklüften wurden von badischen und sächsischen Truppen im Angriff erfaßt. Auf dem Westufer der Maas stürmten rheinische Kompagnien die feindlichen Gräben südlich von Dancourt.

Nach Durchführung ihrer Erkundungen kehrten unsere Truppen mit mehr als 400 Gefangenen und zahlreich erbeuteten Maschinengewehren in ihre Ausgangsstellungen zurück. Die südlich von Lahore genommenen Gräben wurden gehalten und gegen französische Gegenangriffe behauptet.

Herzog Albrecht von Württemberg.
Zwischen Maas und Mosel stieß Ananterie mit Pionieren in die feindlichen Gräben nördlich von Seicheprech vor. Die amerikanische Besatzung erlitt schwere Verluste und büßte 12 Gefangene ein.

Hauptmann Ritter von Tuffel errang durch Abbruch eines feindlichen Festballons seinen 25. Luftieg.

Westlicher Kriegsausgang.
Seeresgruppe Cichora

In Ostland und Livland nehmen die Operationen ihren Verlauf.

Seeresgruppe Pinnigen.
In der Verfolgung des bei Rzeschiza geschlagenen Feindes haben wir Goxel genommen. Riew, die Hauptstadt der Ukraine, wurde von ukrainischen und sächsischen Truppen befreit.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.
Der Erste Generalquartiermeister.
Ebdendorf.

„Anzeiger“ im Hause geduldet, trotzdem diese Blätter taatäglich nur die Interessen der Arbeiterklasse, vor allem der annexionsfeindlichen Kriegsveteranen propagieren. Nur die Arbeiterpresse und die Arbeiterorganisation haben während des Krieges durch ihre fortgesetzte Kritik an den Missetätigkeiten der Ernährungsverwaltung und den Auswüchsen des Schleichhandels das Volk vor dem Hungertod bisher bewahrt. Um dies auch weiterhin zu können, bedürfte sie dringend einer größeren Ausbreitung. Auch unsere Kampfklasse müßte für die bevorstehenden Kämpfe um die innerpolitische Befreiung gestärkt werden. Daran sollte jeder Arbeiter und jede Arbeiterin mitwirken durch fortgesetzte Mitarbeit. Hierauf erfolgte bei Eintritt der Polizeistunde Schluß der Versammlung.

W. Adolf Breßler, der bekannte humoristische Schriftsteller und Dichter, los gehen Abend im Marmoraal des Stadttheaters mit einer wohlklingenden mittelaltersigen Stimme und mit einwandfreier Betonung Beiträge von ihm an die „Lustigen Blätter“ und aus seinen Büchern vor. Vom Vaterland und sich selbst und Frauen handelten die Gedichte, die ihr Herr und Meister ausgewählt hatte. Leider ist auch er in dem Fehler der Kriegszeit verfallen, daß gegen andere Nationen in Reime zu binden wenn er auch diesen Kitz durch eine lächelnde Maske gedämpft hatte. Sehr viel Antlana fand die beißende Satire „Alte Meister“ die die Leute am Kurhildentum verpörrt, und die über die beiden Gänse in der Wilhelmstraße zu Berlin. Der zweite Teil brachte allerhand Erinnerungen an mehr oder weniger salante Vagabunden und Abenteuer mit schönen Frauen und Schloß mit der letzten Voraussicht „Die Mücke“. Das zahlreich erschienene Publikum war sehr dankbar und zeigte nicht nur Beifall.

Verkauf von Ersatzlohlen. Aus dem Bureau der Reichsstelle wird uns geschrieben: Wie aus dem heutigen Anzeiger ersichtlich, findet im Anschluß an die fürstlich staatsgütliche Ersatzlohlen-Ausschreibung jetzt ein Verkauf von Ersatzlohlen der verschiedensten Sorten zum Ersatzlohlenpreis statt. Zum Verkauf kommen Vollholzkohlen, bewohnte Evertlohlen, Holzlohlen mit Vederlöcher, bewohnte, Voll abgäbe mit dazu gehörenden Nadeln, Sohlenlohlen aus Leder und Eisen, und dazu gehörige Eisenstücke. — Es sind alle Größen vorhanden und stellen sich die Preise bei den Sohlen auf M. 1.10 bis M. 2.85 je nach Größe. Die Abgabe erfolgt an jeder Mann. Der Verkauf findet statt ab Montag, den 4. März bis Mittwoch, den 6. März, in der Zeit von 2-6 Uhr nachmittags im Bureau St. Annenstraße 1.

Kaninchenzuchtverein. Es ist nochmals besonders darauf hingewiesen, daß der Verband Lübecker Kaninchenzüchter am Sonntag, dem 3. März, nachmittags 5 Uhr, eine Wanderverbandsversammlung in Rüdow im Lokal des Herrn Dackelmann abhält. Dabei wird der Wanderredner Herr Arzberger aus Harburg einen Vortrag halten über Felsverwertung, Gegenwart, Zukunft und Vergangenheit! Selbiger ist für alle Züchter, Freunde und Gönner unlerer Interessen von großer Wichtigkeit! Der Eintritt zu dieser Versammlung ist für jedermann frei! Frauen und jungen Züchtern sei der Besuch besonders empfohlen!

Opfergabe für deutsche Soldatenheimen an der Front. Mon schreibt uns: Am heutigen und morgigen Tage werden die Opfergabe für deutsche Soldatenheimen an der Front in unserer Stadt veranstaltet. Es bedarf wohl keines besonderen Hinweises, daß es dringende Pflicht eines jeden Deutschen ist, diese Sammlung zu unterstützen. Der Segen, der unseren Feldgrauen aus diesen Feimen erwacht, ist so groß und so allgemein bekannt, daß reiche Gaben an diesen beiden Opfertagen fließen werden. Der Deutsche ist dankbar. Hier gilt es, Dankeschuld an Selben abzulagern, die Gesundheit und Leben für uns dahem einlegen.

Hamburg. Wasser statt Rum. Ein fahnenflüchtiger Musiker, der sich als Roumian ausgab, verbrach Rum und Leinöl liefern zu können. Er lieferte in Küsten und Küsten sowie in Flächen den Rum und das Leinöl ab und erhielt dafür 9.00 M. Der Rum erwies sich wäter als gefärbtes Wasser, das Leinöl als Wasser mit einer kleinen Oelschicht. Der Rahmensuchtige ist verurteilt worden. Geld wollte er nicht mehr besitzen. Bei einer Pausenzeit fand man aber in der Kutschlade des Rüdowheides eine Urstafche mit 8406 M.

Schwerin. Ueber die Landarbeiterfrage in Mecklenburg redete auf der augenblicklich in Schwerin tagenden Landwirttagung der „Landwirtschaftliche Woche“ der Bundesrat der sogenannten landwirtschaftlichen Arbeitervereine, Peter von Berlin u. a. folgendes: Die bodenständigen und lebhaften Arbeiter und bis heute noch wirtschaftlich und vaterländisch gesinnt. Unter den Ostängern befinden sich aber vielfach Vertreter der radikal-sozialistischen Richtung. Für die Landarbeiterfrage kommen zu besonders die Großbetriebe in Frage, die in Mecklenburg etwa 60 Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Bodenfläche bearbeiten. Das Landarbeiterproblem ist nicht nur durch die diesen Großbetriebe ihren Arbeiterlöhnen zu erhalten und ihn vor dem Eindringen sozialistischer Ideen zu bewahren. Diese Gefahr wird

hauptsächlich durch die atelbemühte Arbeit des sozialdemokratischen Landarbeiterverbandes herbeigeführt, der auch in Mecklenburg eine große Anzahl Vertrauensmänner und Ratsstellen unterhält. Eine Statistik des sozialdemokratischen Landarbeiterverbandes in Mecklenburg fehlt, doch ist bemerkenswert, daß gerade in jüngster Zeit von Seiten dieses Verbandes eine rene Agitation entfaltet wird. — Der Kniff, den Sozialismus in einem Gegenstand zum Vaterland zu bringen, macht zwar heutzutage keine Schweine mehr fett; man wundern sich doch einige machen, daß es immer noch Leute gibt, die diesen Kniff anwenden heute noch nicht verschmähen. Oder nein. Man wundern sich nicht mehr. Denn gewisse Leute haben eben nichts gelernt und nichts verstanden. Aber davon abzusehen, daß der Landarbeiterverband sich über das alte Zeugnis freuen, welches ihm da für seine Arbeit aufgestellt wurde, und somit an ihm liegt, ist doch geübte Arbeit unermüdet weiter gesehen zum Wohle und Heile der Landarbeiter! Die Landarbeiter sehen daß die großen Grundbesitzer die Macht des Arbeiterverbandes, die Macht der Arbeiter solidarisieren, wie der Teufel das Weihwasser, und das ist den Arbeitern eben der beste Wais, daß sie gut marschieren, wenn sie vereint marschieren!

Theater und Musik.

Stadttheater. „Erdgeist“, Tragödie von Frank Wedekind. Eine Tragödie in des Wortes vollster Bedeutung ist es die Wedekind hier geschaffen hat. Es ist die Geschichte eines als Weib verkörperten Dämons, oder, wie der Zirkusdirektor vor Beginn der Vorstellung sie bezeichnet: einer Schlange, die hier auf den Brettern sich abspielt. Wie dieses Weib sich in die Herzen der Männer hineinschmuggelt, wie sie, nachdem sie ihr Ziel erreicht hat, mit ihnen spielt wie die Katze mit der Maus, die fast unmerklich erscheinende Gefühlshörigkeit, die sie hierbei offenbart, das alles hat der Verfasser in äußerst spannender und fesselnder Weise herausgearbeitet. Man legt sich nur, nachdem man dieses Stück gesehen hat, die Frage vor: Kann es wirklich ein Menschentum auf der weiten Welt geben, daß so leidenschaftlich und dann wieder so kalt absehend, das, man möchte sagen, so jeder Menschlichkeit bar ist? Ist es möglich, daß ein fühlender Mensch angefaßt der eben gebrochenen Augen des bisher Geliebten, dessen Tod er auf dem Gewissen hat, als ob nichts geschehen sei, wie ein Schmetterling zu einer anderen Blume flattert? Doch die Frage mögen die Kriminalisten oder Psychiater beantworten.

Neben dieser Hauptrolle des Stückes spielt noch die Partie des Chores die Rolle des Stückes, der dieses vom Verfasser mit Lu benannte Weib aus den Tiefen des menschlichen Daseins, in denen es als kleines Blumenmädchen vertritt war, herausheben wollte. Nicht aus reinem Gefühl der Menschlichkeit, sondern weil er damals schon die kleine Dasein liebte. Er hat ihr eine Art Erziehung angedeihen lassen, hat sie an den alten schwerreichen Medizinalrat Dr. Goll verheiratet. Nachdem dieser als erstes Opfer des dämonischen Weibes gefallen war, hat Dr. Schön dem Kunstmaler Schwarz die Wege zu einer guten Laubbahn gebahnt, um diesen dann an Lulu zu lassen. Er hofft, daß es diesem gelingen wird, sie an sich zu fesseln, um so selbst von dem Trannan befreit zu werden. Aber auch Schwarz fällt ihr zum Opfer. Jetzt erliegt auch Dr. Schön ihrem Einfluß; er wird von ihr gezwungen, seiner Frau abzuwehren und sich mit ihr zu vereinigen. Natürlich erlitt auch ihn sein Schicksal; er übertraf seine Frau um wie ä tele mit seinem eigenen Sohn aus erher Gue. Zwei weitere Liebhaber haben sich im Zimmer vertriebt. Auch Dr. Schön erlitt in dem Stumpfe, der ihn umwirbt; er wird das dritte Opfer der Frau, die nach seinem Tode vorgibt, diesen wirklich geliebt zu haben. Sie im nächsten Aktzuge aber bereits dem Sohn wieder an den Hals wirft.

Man mag über den literarischen Wert oder Unwert dieses Stückes streiten, das eine aber ist unbestreitbar: die Art, wie Wedekind diese beiden Charakter herausgearbeitet hat, ist meisterhaft.

Die Aufführung brachte uns ein Doppelauffspiel zweier bekannter Kräfte vom Leutschen Schauspielhaus in Hamburg: Mirjam Horn und Erik Jürgel verkörpern die beiden Hauptrollen. Mirjam Horn gab die Lulu mit voller Leidenschaftlichkeit, die gepaart war mit kalter, zynischer Berechnung. Ihr Partner, Herr Jürgel als Dr. Schön, war ebenfalls auf der Höhe, seine Technik war meisterhaft. Andere hiesigen Kräfte stellten sich den Gästen im allgemeinen ziemlich ebenbürtig zur Seite. Einige derselben würden aber mangelhaft genannt, wenn sie bedenken würden, daß auch das Publikum gerne etwas davon hören möchte, was sie sagen. Der vorerwähnten werden verdienen die Herren Schweisguth (Schwarz), Baulz (Medizinalrat Dr. Goll), Steinhöfer als Schön's Sohn Alva und Jung (Schwarz); ferner die Damen Frehe (Gräfin Gelschmitte) und Schütz (Gymnastin). Als Leiter der Aufführung sorgte Herr Schweisguth für ein flottes Zusammenspiel.

Widor Rossi, der Heldentenor unseres Stadttheaters, wurde von Herrn Direktor Ruck an das Stadttheater in Riga als erster Heldentenor verpflichtet.

Stadttheater. Spielplan für die nächste Woche. Sonntag: Teriond. Montag: Konzert. Dienstag: Die lustigen Weiber von Windsor. Mittwoch: Fledermaus. Donnerstag: Besch dem, der lügt. (Schaupielgemeinschaft. Rote Karten). Freitag: Die Jüdin. Sonnabend: Teriond. Sonntag: Die Jüdin.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 1. März. (Amtlich.) U-Boots-Erfolge auf dem nördlichen Kriegsschauplatz. 23 000 Brutto-Registertonnen. Die Erfolge wurden hauptsächlich in der Trischen See und im Vermelskanal erzielt. Unter den versenkten Schiffen waren wertvolle Dampfer von 8600 und 4000 Brutto-Registertonnen. Ein tief beladener, 3500 Brutto-Registertonnen großer Dampfer wurde im Vermelskanal aus stark gesichertem Geleitzuge herausgeschossen. Namentlich festgestellt wurden der englische Motorsegler „Ria Ora“, der französische Segler „Kommandant Baravier“ mit Gelehrholz von La Rochelle nach Cariff, endlich die englischen Fährfahrzeuge „Commandor“, „Snow Drop“, „Treg“, „Reomora“, „Kete Bud“, „Idalia“ und „Orng“.

Kopenhagen, 1. März. In Bergen kamen zwei Schiffe und in Stavanger eins an, die einem zehn Schiffe starken Geleitzuge angehörten, der England am Montag Abend verließ. Der Geleitzug wurde in der Nähe der norwegischen Küste durch einen heftigen Orkan auseinander getrieben. Ueber die anderen sieben Schiffe fehlt vorläufig jede Nachricht.

Stockholm, 1. März. Die hiesige Presse bringt den Wortlaut des zwischen den Russen und den Baltischen-Bewohnern durch schwedische Vermittlung abgeschlossenen Uebereinkommens. Der a-u acht Paragraphen bestehende Vertrag bestimmt für die Russen 3 Wochen Räumungsfrist unter der Bedingung der force majeure sowie der Straflosigkeit für alle auf Kaland in den Bürgerkrieg verwickelten Personen, d. h. sowohl für die Rote als auch für die Weiße Garde.

Amsterdam, 1. März. Die „Morning Post“ berichtet aus Shanghai nach chinesischen Blättern, Japan mobilisiere seine Truppen, um in Sibirien einzuziehen. China werde mit vier Divisionen teilnehmen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Steiner.
Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Ganzlich in Lübeck.

Für die Konfirmation

Glace-Handschuhe 3.50
schw., prima Qualität

Schweden-Handschuhe 5.75
schw., 2 Druckknöpfe, sehr vornehm

Glace-Handschuhe 6.50
schw., bestes Ziegenleder

Stoff-Handschuhe 1.65
2 Druckkn., Baumwoll. Trikot schw.

Seiden-Handschuhe 2.75
2 Druckkn., schw., gute Qualität

Konfirmnd.-Schirme 5.50
f. Knaben, baumw. Bezug m. Futteral Stk.

Konfirmnd.-Schirme 6.75
halbseid. Bezug, mit schönen Griffen

Spazier-Stöcke 80.
neueste Formen 2.50, 1.75

Konfirmanden-Kragen 1.60
mit umgebogenen Eden

Konfirmanden-Kragen 1.95
mit spitzen großen Eden

Schwarze Diplomaten 45.
mit und ohne Band 65, 50

Schwarze Regattes 85.
m. u. ohne Band, gute Qualität, 1.10, 95

Manschetten 1.95
prima Qualität

Halstücher 2.25
in weiß und farbig, gute seidene Qualität 4.75, 3.75

Selbstbinder
geschmackvolle und moderne Farbstellungen in besten reinseidenen Qualitäten in großer Auswahl.

Manschetten-Knöpfe 50.
in eleganten und geschmackvollen Ausführungen 95, 70

Sportkragen 1.95
in mod. Form u. besten Qualif. 2.25, 2.10

Strickbinder 1.95
neueste Dessins 4.95, 3.50

Hosenträger 1.95
m. elast. Rückenf., halb. Qual. 3.75, 2.45

Hosenträger 2.50
m. auswechslb. Erfasht. eleg. Verarbt. 3.50, 2.95

Schw. weiche Hüte 2.25
gute Qualitäten 3.75, 2.60

Schw. steife Hüte 3.00
moderne Formen 4.75, 3.65

Farbige weiche Hüte 7.50
in mod. Farb. u. Formen 12.75, 10.50

Rudolph Karstadt Lübeck

Aufruf

zur Spende für deutsche Soldatenheime an der Front.

„Wir halten durch bis zum guten Ende!“ Diese eiserne Pflicht beherrscht unsere Männer an der Front. Im vierten Kriegswinter stehen sie draußen als die lebendige Mauer, die uns schützt. Auch die Heimat hält durch. Sie hält durch mit ihrer Liebe und mit ihren Opfern.

Die Front und die Heimat begegnen sich in den deutschen Soldatenheimen und in den deutschen Marineheimen. Sei es nun in der grauen Erde Flanderns oder auf der Vogesenwacht, sei es in den Sümpfen Polens oder auf den Bergen Mazedoniens, sei es an der nordischen Wasserfronte oder im heißen Wüstensand Mesopotamiens, allüberall, wo deutsche Männer stehen, steht die Heimat durch die Soldatenheime und die Marineheime fest.

Die Heimat hat mit ihren Gaben geholfen, viele Truppenteile mit Soldatenheimen und Marineheimen zu versehen. Die Heimat hat zahlreiche Schweigern ausgesandt, welche diesen schönen Dienst verliehen. Unsere Opferwilligkeit darf nicht erlahmen. Wir wollen durchhalten, unseren Feldgrauen und Marineblauen den Beweis zu erbringen, daß wir ihnen helfen, die Mühsal des Krieges zu ertragen. Helft uns, allen den Truppenkörpern, die noch keine Heime haben, Soldatenheime und Marineheime zu bauen! Uns zugedachte Spenden werden auf Konto „Soldatenheime“ bei der Spar- und Anleihekasse erbeten.

Der Territorialdelegierte der freiw.

Krankepflege für die freie und Hansestadt Lübeck.
Senator Kulenkamp.

Der Vaterländische Frauenverein.
Frau Senator Strack.

Viele Wenige machen ein Viel!

Daran denke, wenn Du glaubst, Deine Gabe für die Soldatenheimspende sei zu gering. Heute muß jeder opfern. Es gilt, unseren Helden auch auf feindlichem Boden

deutsche Heimat zu ersetzen.

Für die woblruende Teilnahme u. Krankepflege beim Heimgang meines lieben unvergesslichen Mannes, unterst guten Vaters, jagt mir allen Verwandten u. Bekannten, sowie meinen Mitarbeitern u. mein Mitarbeiterinnen und Mitarbeiterinnen, ferner dem Ehrenrat-Verband u. dem Sor. Beren Worsling herzlich. Dank Anna Veigt Wwa. und Klader. Heimstätten 8. (887)

Guterhaltener Kinderwagen. Leddrücker auf Räder und ein Kinderkloppel zu verf. (901) Heerhold, St. Kriesan 18, 1. Et.

Zu verf. 2 Konfirmand.-Hüte für Knaben, eine weiße Kartensacke und Kettengarn. (886) Mühlhölzer, Sandstr. 12, 2. Et.

Geucht zum sofortigen Eintritt tüchtiger Maschinist für eine 20 PS. Lokomotive, welcher auch in elektrischen Anlagen erfahren ist. Angebote mit Angabe der Gehaltsansprüche, des Eintrittstermins u. der Militärverhältnisse erbeten an Elbewerft, G. m. b. H., Boizenburg. (877)

Stangen- und Riesen-Saatschnecken zu verkaufen. (890) Adlerstr. 29, part.

Zu kaufen gesucht ein guter. Blockwagen und ein Kackeb-Körner. Näheres Prof. Dr. Pauli, Mühlenstraße 5. Dr. Blakrasse, Roisl. Allee 22.

Geucht 2 bis 4 ig. Bühner. Fr. Volkmann, Gmieschstraße.

Eine Korbentwurf mit Werkzeug zu verkaufen. (900) Brodestr. 59.

Kauf von Säcken, auch beschad. Reichs Zerkamisch allein berecht. R. Tesmer, Dankwartstraße 15.

Verloren am Montag, 18. 2. eine kleine Vorkassabel mit e. blauen u. einigen weiß. Steinen. Bei Andenken, gegen 50 M. Belohnung abgegeben bei (891) Frau Gesterreich, Hoffenstr. 19.

Ne. züchter Sonntagabend am Sonntag, 3. März (888) Dr. Plessing, Koedstr. 10. Prof. Dr. Pauli, Mühlenstraße 5. Dr. Blakrasse, Roisl. Allee 22.

Verkauf von Ersatzsohlen, Holzabfäßen mit Nägeln, ledernen und eisernen Sohlenschonern.

Im Anschluß an die kürzlich stattgehabte Ersatzsohlen-Ausstellung findet jetzt ein Verkauf von Ersatzsohlen der verschiedensten Sorten zum Selbstkostenpreise statt. Zum Verkauf kommen Vollholzsohlen, bewegliche Sperrholzsohlen und Holzsohlen mit Ledersüßen benagelt. Auch werden Sohlenschoner aus Leder und Eisen verkauft. Ebenso dazugehörige Nägel. Es sind alle Größen vorhanden.

Abgabe an Jedermann!

Der Verkauf findet statt im Bureau St. Annenstraße 1 ab Montag, d. 4. März, bis Mittwoch, d. 6. März einchl. von 2-7 Uhr nachmittags.

904

Der Ausschuss für Kriegshilfe. Abteilung Sohlenversorgung.

Theater für die Jugend

im Marmorsaal des Stadttheaters. Sonntag, den 3. März 1918, nachmittags 4 Uhr Kassenöffnung 3 1/2 Uhr

Tischlein deck' dich!

Postf.-Aufnahmen Reinhard, Gloxinstr. 5.

Johs. Rosehr Uhrmacher (898) Kleiner Kriesau 20.

Carl Folkers Möbelmagazin 25 Marlesgrube 25.

Vollst. Wohnungseinrichtung. Selbstgefertigte Arbeiten. Größte Auswahl. (867) Billigste Preise. Weltgehendste Garantie. Zimmereinrichtg. stets Fernsprecher 2734.

Hansa-Theater. Heute abend 7 Uhr: (876) Die Siebzehnjährigen

Zeitschriften aller Art. Buchhlg. Friedr. Meyer & Co. Johannisstraße 46.

Schuh-nähen

Peehdrähte. C. Grimm Nachf. Schlumacherstr. 6. 1-3 geschlossen. (896)

Kaninchenzucht-Verein Lübeck.

Auf zur Wanderverbands-Versammlung nach Kücknitz. Zuchtsollegen, erscheint alle! Angehörige, Freunde u. Gönner unserer Interessen sind willkommen! Der Vorstand. (892) Abfahrt vom Weibelplatz 2 Uhr mit Sonderwagen.

Visitenkarten Buchdr. Friedr. Meyer & Co.

Konzerthaus Zauberpflöte. Täglich Konzert von Damenkapelle Stephany Anfang 7 Uhr. (894) L. Kock.

Stadttheater.

Sonnabend, den 2. März 1918: Anfang 7 Uhr: Doppelgastspiel von Mirjam Horwitz und Erich Ziegel v. Deutschen Schauspielhaus Hamburg:

Erdgeist.

Sonntag, den 3. März 1918 Anfang 7 Uhr

Tieiland.

Dienstag, den 5. März 1918: Anfang 6 1/2 Uhr:

Die lustigen Weiber von Windsor.

Die Interalliierten Sozialisten.

Ueber die Beschlüsse, die die Entente-Sozialisten, jetzt meist die „Interalliierten Sozialisten“ genannt, auf ihrer Londoner Konferenz faßten, liegt einseitigen nur ein Bericht von Reuters vor. Es gehört mit zu dem Unglück unserer Zeit, daß die Sozialisten der verschiedenen Länder gewöhnlich von einander nur durch offiziöse und zensurierte Berichterstattungen etwas erfahren können, die es nun einmal nicht als ihre Aufgabe betrachten, die gegenseitige Verständigung zu erleichtern. Man muß sich darum allen folgenden Sätzen, soweit sie polemischer Natur sind, den Vorbehalt vorangestellt denken, daß der vorliegende Bericht auch richtig ist.

Es gibt zwei Methoden, sich mit dem Friedensproblem auseinanderzusetzen. Die eine besteht darin, das ideale Bild eines vollkommen gerechten Zustandes zu entwerfen, wie er durch den kommenden Friedensvertrag geschaffen werden soll. Die andere sucht Mittel und Wege, um unter Berücksichtigung der gegebenen Tatsachen aus dem Völkermorden so rasch wie möglich herauszukommen. Beide lassen sich in dem Sinne miteinander verbinden, daß das ideale Ziel zwar angestrebt werden soll, daß aber durch dieses Streben der Leidensweg der Menschheit nicht verlängert werden darf.

Die Interalliierten Sozialisten haben nun ein Idealsbild des kommenden Friedenszustandes entworfen, dem wir in vielen Punkten zustimmen können, in anderen nicht. Aber diese Meinungsverschiedenheiten haben keine besonders große praktische Bedeutung, viel wichtiger ist die Frage, ob derartige ideale Forderungen überhaupt Aussicht auf Verwirklichung haben, oder ob nicht ein großer Teil der sozialistischen Arbeit die zur Begründung eines dauernden Friedens zu leisten ist, erst nach dem Abschluß der Friedensverträge geleistet werden kann.

Die deutschen Sozialdemokraten haben als erste die Erfahrung machen müssen, daß es für die sozialistische Partei eines siegreichen Staates unendlich schwer ist, ihre idealen Forderungen zur Geltung zu bringen. Der Frieden mit Rußland ist nicht so geworden, wie wir ihn uns vorgestellt hatten. Der Einfluß des Sozialismus in Frankreich, England, Italien ist aber nicht größer, sondern geringer als in Deutschland, und es kann gar kein Zweifel daran bestehen, daß der westliche Imperialismus, falls er siegte, rückwärts über die Wünsche der Interalliierten Sozialisten hinweggehen würde.

Kann unter solchen Umständen die ideale Forderung, so richtig oder so falsch sie politisch sein mag, viel mehr sein als ein Kartenhaus, das der nächste Sturm wieder umbläst? Und ist es nicht richtiger, statt einer abstrakt konstruierten allgerechten Formel eine Grundlage der praktischen Einigung zu suchen, wie sie den gegebenen Tatsachen entspricht?

Die Interalliierten mögen gewisse Forderungen, die sie an Deutschland und seine Verbündeten stellen, für unbedingt gerecht halten, aber sie dürfen doch nicht die Tatsache übersehen, daß ein Eingehen der Mittelmächte auf diese Forderungen nun einmal nicht zu erwarten ist. Es gibt in Deutschland jetzt zwei Strömungen; die eine, die bereit wäre mit dem Westen unter Herstellung des Standes vor dem Kriege sofort Frieden zu schließen, und eine andere, die Veränderungen zugunsten der deutschen Machterweiterung verlangt. Eine nennenswerte Strömung, die bereit wäre Veränderungen zu ungunsten Deutschlands zuzugestehen, gibt es überhaupt nicht.

Ein deutscher Friedensunterhändler, der zum Beispiel bereit wäre, der Entente in bezug auf Elsaß-Lothringen oder auf Polen Zugeständnisse zu machen, würde nicht das geringste Verständnis finden. Eine Regierung, die zu sol-

chen Zugeständnissen bereit wäre, hätte keine Aussicht, sich auch nur 24 Stunden im Amte halten zu können. Vielleicht sieht man drüben darin nur einen Beweis für die moralische Verstoßtheit der Deutschen, aber das Moralische steht hier nicht in Frage, sondern das Tatsächliche, und da können wir den Interalliierten Sozialisten sagen: „Ihr könnt euch darauf verlassen, es ist so!“

Wenn den Unterhändlern der Mittelmächte ferner auf einer demnächst abzuhaltenden Friedenskonferenz der Vorschlag gemacht werden würde, daß „Tschechen, Slowaken und Südslawen einen freien Bund der Donaufstaaten an die Stelle des österreichisch-ungarischen Reiches setzen“ sollen — was würden sie wohl tun? Wir bitten, das harte Wort zu entschuldigen: sie würden lachen! Denn erstens übersteht dieser Vorschlag gänzlich, daß es in Oesterreich-Ungarn außer den genannten Völkerschaften noch andere Menschen gibt, und zweitens ist die an einen unbesiegten Staat gerichtete Aufforderung, sich innerlich gänzlich umzuorganisieren, durchaus utopisch. Gewiß muß in Oesterreich sehr vieles anders werden im Interesse seiner eigenen Völker, der Demokratie und des Friedens. Aber, wenn die unglücklichen Völker Europas und Amerikas solange bluten müßten, bis der k. u. k. Mottenkönig nationaler Bagatelprozesse seine endgültige Lösung und Schlichtung gefunden hat — arme Menschheit!

Man könnte im Einzelnen noch verschiedene andere Forderungen der Interalliierten Sozialistenkonferenz aufzählen, von denen ungefähr Ähnliches gilt, wie das schon gesagt. Aber weil von alledem Elsaß-Lothringen zweifellos der wichtigste Punkt ist, noch ein Wort dazu! Die Formulierung, daß die elsaß-lothringische Bevölkerung über ihre Wünsche befragt werden solle, bedeutet entschieden einen Abbau gegenüber der früheren Forderung der unbedingten „Desannexion“. Praktisch dürfte damit nicht viel geholfen sein, denn trotz der unwahrscheinlichen Zahl von 100.000, die man sich für dieses „Recht“ auf Elsaß-Lothringen in feiner Weise streitig machen lassen. Im besten Falle wäre eine ganz üble Komödie der Selbstbestimmung zu erwarten — aber auf eine Abstimmung, die nicht das gewünschte Resultat im voraus sicher macht, würde sich die Bourgeoise Frankreichs als Siegerin auf keinen Fall einlassen. Umgekehrt da für das deutsche Bürgerum kein militärischer Grund besteht, in eine Revision der elsaß-lothringischen Frage einzumilligen, bleibt die Forderung nach einer solchen vollkommen auschüßlos.

Nebenbei gesagt: es lassen sich sehr gute Gründe dafür anführen, daß die Zugehörigkeit Elsaß-Lothringens zu Deutschland in keiner Weise mehr bestritten werden darf. Haben doch selbst die Bolschewiki nur den nicht-russischen Völkern ihres Reiches, nicht aber Teilen des großrussischen Volkes selbst das Recht, sich von Rußland loszulösen, zuerkannt. Die Bevölkerung Elsaß-Lothringens gehört zweifellos ethnographisch zum deutschen Volk; sie hat nach sozialdemokratischer Auffassung das Recht zu jeder Freiheit innerhalb des Deutschen Reiches. Aber „bis zur Lösung von Deutschland“? Das ist zumindere eine äußerst kritische Frage.

Indes: die Zeit für solche mehr oder weniger akademische Erörterungen sollte am besten vorüber sein. Alles sozialistische Streben muß sich auf einen Frieden richten, der erreichbar und für alle ertüchtig ist. Und warum sollte es für England, Frankreich, Belgien, Italien unerträglich sein, wenn ein Frieden geschlossen würde, der zwischen Deutschland und dem Westen den alten Zustand im wesentlichen wieder herstellt? Auf alle Fälle sollte man sich drüben darüber klar sein, daß ein Programm, das über den Stand vorher zum Nachteil der Mittelmächte hinausgreift, als praktisches Friedensprogramm nicht wirken kann. Ein solches Programm könnte weder durch einen internationalen Sozialistenkongreß noch durch eine diplo-

matische Konferenz, sondern nur durch den Sieg der Entente verwirklicht werden — dieser Sieg würde aber wiederum nicht das Programm der Entente-Sozialisten, sondern das der imperialistischen Bourgeoisie verwirklichen.

Das Programm der Interalliierten Sozialisten kann insofern eine Gefahr für den Frieden werden, als die Staatsmänner der Entente geneigt sein könnten, es als eine Art vollstümlichen Mindestprogramms aufzufassen. Es wäre ein Fortschritt, wenn die Interalliierten Sozialisten erklären wollten, ihre Forderungen hätten nur regulative Bedeutung, sie seien ebenso wie die deutschen Sozialdemokraten gern mit einem Frieden einverstanden, der ihren eigenen Völkern nichts nimmt.

Die Forderung einer allgemeinen sozialistischen Friedenskonferenz.

Das Riga'sche Bureau teilt den Schluß der auf der Londoner Konferenz der Entente-Sozialisten angenommenen Resolution folgendermaßen mit:

Die Konferenz ist der Ansicht, daß eine internationale Konferenz der Arbeiter- und Sozialistengruppen zur Befestigung der Mißverständnisse geeignet sein würde, die dem Weltfrieden im Wege stehen. Aber die wesentliche Bedingung für eine solche Konferenz ist, daß alle Organisationen, die dort vertreten sein werden, öffentlich ihre Friedensbedingungen in genauer Form und in Uebereinstimmung mit den Grundfäden darlegen: Keine Annexion oder Strafschädigung und Selbstbestimmungsrecht für alle Völker, und daß sie mit all ihrer Kraft dafür sorgen, daß ihre Regierungen diese Grundfäden auf der offiziellen Friedenskonferenz anwenden.

Die Konferenz wählte Albert Thomas, Emile Vandervelde und Arthur Henderson in eine Kommission, die bei allen Regierungen das Versprechen auswirken soll, daß ein wenigstens ein Vertreter des Arbeiter- und Sozialisten-Mitglieds der offiziellen Vertretungen in jeder Regierungskongferenz sein soll. Man soll eine sozialistische Vertretung organisieren, die gleichzeitig mit den offiziellen Kongferenzen tagen soll. Endlich soll die Konferenz darauf hinwirken, daß kein Land das Recht erhält, mehr als vier Vertreter zu einer solchen Konferenz zu schicken.

Der Kopenhagener „Sozialdemokraten“ bemerkt zu der Resolution: „Im großen ganzen stimmt dieses Friedensprogramm überein mit dem des holländisch-niederländischen Komitees vom 10. Oktober. Man verlangt Volksabstimmung in Elsaß-Lothringen und man verlangt keine Lösung des deutschen oder österreichischen Problems nach deren Vereinigung mit Rußland-Polen. In einem Punkte ist das Programm beeinflusst vom engherzigen Imperialismus, nämlich in bezug auf Arabien, Mesopotamien usw. Aber hier wird eine Verhandlung mit den Sozialdemokraten der Mittelmächte auf der bevorstehenden Allgemeinen sozialistischen Friedenskonferenz hoffentlich zu einem Verständnis führen.“ „Sozialdemokraten“ meint zum Schluß: man könne mit Freude die zwischen den Entente-Sozialisten erzielte Einigkeit begrüßen als eine Fortsetzung und Frucht der Arbeiten des Stockholmer Komitees und hoffen, daß sie schnell den möglichen Regierungswiderstand gegen die beabsichtigte allgemeine Friedenskonferenz überwinden werde.

Wohnungsfürsorge.

In der am 28. Februar stattgefundenen Sitzung des Wohnungsausschusses wurde die Diskussion über die von den Sozialdemokraten gestellten Anträge fortgesetzt. U. a. werden die Maßnahmen zur Beschaffung und Ausschließung geeigneten Baulandes, die Vorbereitungen von Bauplänen für alle Arten des Kleinwohnungsbaues, Erhebung über leerstehende Wohnungen und den voraussichtlichen Bedarf und

Handel und Wandel.

Von F. W. Saaländer.

37. Fortsetzung.

In den Räumen dieser Gesellschaft gab es Pöbelkabine und Billardzimmer, Restaurationen und Regelbahnen, und dorthin ging der Professor einigemal abends in der Woche. Da er aber auch dort wenig Bekanntschaften machte, selten mit jemand sprach, so war der lange, dünne und schweigsame Mann beständig ein fremdes Element, das einjam und unberührt auf den Wogen der Gesellschaft dahinschwamm. Stundenlang konnte er vor dem Billard stehen und den Lauf der Kugel, sowie die Winkel, die von den anprallenden beschrieen wurden, aufmerksam verfolgen und sich daraus allerlei mathematische Figuren zusammenstellen. Später setzte er sich in eine Ecke des Zimmers, nahm eine Tasse Tee, schielte darüber ein und erwachte erst wieder gegen zehn Uhr an dem Geräusche von dem Hinz- und Herrücken der Stühle und Zuschlagen der Türen, indem die Mehrzahl der Mitglieder um diese Zeit nach Hause ging. Hier nun spielten ihm einmal mehrere junge Leute einen gar argen Streich, der sorgfältig überlegt und gut ausgeführt wurde. Eines Abends hatte der Professor seinen Tee getrunken, den Kopf zurückgelegt und war wie gewöhnlich eingeschlafen; da verschloß man die Türen zum antiken Zimmer, löschte sämtliche Lichter aus, und nachdem alles eine Zeitlang schwachsam verharrt, wurde plötzlich an verschiedenen Stellen mit den Stühlen gerückt, laut mit den Füßen gescharrt, Türen wurden auf und zu gemacht und von diesem Geräusch erwachte der Professor. Er hört wie gewöhnlich mehrere Parteien in demselben Zimmer ihre Spiele laut und mit vielem Sprechen fortführen. Dort heißt es: „Coeur ist Trumpf“, und die Karten plattföhen auf dem Tisch; an einer anderen Stelle klappern die Dominosteine und aus dem Nebenzimmer erschallt das Rollen der Billardkugeln und das Sprechen und Gelächter der Spielenden. Der Professor reißt sich beklüßigt die Augen, vollständig erwacht befindet er sich in tiefer Nacht und vernimmt dazu, wie alles um ihn seinen gewöhnlichen Gang geht. Er reißt die Augen weit auf, schaut um sich her, bringt die Hände vor das Gesicht, sieht aber in dem festverschlossenen Gemach keinen Schimmer und fängt an ängstlich zu werden. Um Gottes willen, denkt er, ich bin ja blind! Er erhebt sich von seinem Stuhl und stößt einen daneben sitzenden Spieler beinahe über den Haufen. „Ei, ei“, sagt dieser, „beinahe hätten Sie mich umgerannt, Herr Professor.“ — „Aber, teuerer Herr und Freund“, entgegnet dieser mit unsicherer Stimme, „ist ein solches Annehmen wohl selbsthaft zu nennen, da in diesem Zimmer die tiefste Dunkelheit herrscht?“ — „Die tiefste Dunkelheit?“ fragen mehrere mit erstaunter Stimme, „es ist ja heute abend hier so hell wie immer.“ — „Sie spöhen, mein Herr, ich sehe gar nichts!“ ruft der Professor mit lauter Stimme. Auf dieses hin erhebt man sich von allen Tischen und stellt sich in dichtem Kreis um den vermeintlichen Blinden. „Lassen Sie Ihre Augen sehen“, hört er die bekannte Stimme eines jungen Arztes sagen. „Ich sehe nichts Auffassendes in demselben“, fährt er fort und der arme Professor, der schon im Begriff steht, sich das namenlose Unglück

sehr zu Herzen zu nehmen, hört aus der Ecke des Zimmers ein unterdrücktes Niesen und Lachen. Rasch entschlossen greift er neben sich an die Wand nach der Klingelstange, die, wie ihm wohl bekannt, dort hängen muß, und läutet heftig dem Reizner. Dieser erscheint, reißt ihn aber nicht aus seiner Ungewißheit, indem er sich anstellt, als sehe er nichts Außergewöhnliches; kurz und gut, der Professor fängt an zu glauben, er sei erblindet und bittet mit fester Stimme, ihn nach Hause zu führen. Doch soll es so weit nicht kommen, denn in demselben Augenblick öffnet sich die Tür des Zimmers und ein neuer Gast, der eben ankommt, fragt erstaunt, warum es so dunkel sei. Der Professor, ruhig und besonnen wie immer, nimmt von dem Plaque neben sich seinen Hut und sein spanisches Rohr, sagt gelassen: „Meine Herren, einem Blinden muß man schon zugute halten, wenn er nicht sieht, wohin einige wohlgebrachte Schläge, die er auszureiten für unumgänglich notwendig findet, eigentlich treffen.“ und nach diesen Worten erhebt er seinen Stoch und begibt sich langsam auf den vor ihm befindlichen Kreis einzubauen. Anfanglich wollen sich einige widerlegen, doch die Besonnenheit, die mit dem ganzen Spah nie einverstanden waren, gebieten flüsternd Ruhe und man läßt den Professor ziehen. Am andern Morgen schreibt er ein Billett an die Gesellschaft, worin er seinen Austritt anzeigt, und zugleich diejenigen Herren, die er gestern mit seinem Stoch getroffen, ersucht, sich ihm zu nennen, indem er entschlossen sei, ihnen die vollkommenste Genugtuung zu geben; doch hatte sich keiner derselben gemeldet und der Professor besuchte natürlicherweise die Gesellschaft nicht mehr.

So viel von dem früheren Leben des Professors.

In dem neuen Gärtchen des Hauses hatte man einige Erfrischungen für mich hergerichtet und ich ließ mich behaglich nieder bei der freundlichen alten Frau und meiner Nichte, der kleinen Emma; ich mußte denselben von Familienmitgliedern erzählen, die sie kannten und lange nicht gesehen hatten. „Weißt du auch“, sagte die Professorin zu mir, „daß wir eigentlich alte Bekannte sind? Nein, du erinnerst dich dessen nicht mehr.“ — „Doch“, entgegnete ich erwartungsvoll, „als ich in den Garten trat und Sie plötzlich vor mir sah, da fiel mir ein, daß wir uns schon irgendwo gesehen.“ — „Ja, weiß, wo es war“, sprach die kleine Emma, „in einer großen schönen Kirche, es ist noch gar nicht lange her, du warst krank, Better, und wir fanden dich am Boden liegen, ein alter Mann hob dich auf und als wir dich nach Hause brachten, war das Haus, wo du wohntest, gerade dasselbe, wo wir hinwollten.“ — „Ich bejahte meine Tante, meine alte Großmutter“, ergänzte die Professorin, „du wurddest aber darauf so bedeutend krank, daß du uns nicht wiedererkanntest. Als wir Abschied nahmen.“ Mir ging ein freundliches Licht auf. Ganz richtig, es war meine kleine Kirchenbekanntschafft! „Aber dennoch habe ich euch erkannt“, sagte ich rasch und setzte lächelnd hinzu: „nur meinte ich in meinem Fieber, es sei ein Selbstbild aus der Kirche, das mit dem kleinen Englein sich nach meinem Befinden zu erkundigen komme.“ Sie lachten herzlich über diese Bemerkung und das Andenken an unsere erste Begegnung machte uns schneller bekannt.

Die Aussicht von dem Garten auf die Stadt war recht freundlich, frohe Hoffnung öffnete mir das Herz und nachdem ich den beiden Damen mit aller Offenheit meine früheren Schicksale mitgeteilt, worüber sie sehr lachten, namentlich über den Doktor Burbus und dessen Geleht, das eine so große Rolle gespielt, wurden wir ganz gute Freunde, und Emma vertraute mir an demselben Abend noch, sie habe mich für einen recht bösen Menschen gehalten. „Aber jetzt bist du anders von mir?“ fragte ich lächelnd. „Wir wollen sehen“, antwortete die kleine Person sehr atting, „das hängt, wie der Papa sagt, alles von deiner künftigen Aufführung ab.“

28.

Die Einführung ins neue Geschäft.

In dem Reichthümlichen Hause hatte ich die unterste Stufe der edlen Kaufmannschaft betreten und sollte jetzt, wie mir der Vater am anderen Morgen beim Frühstück sagte, etwas höher hinauf, denn das Geschäft, für welches ich bestimmt war, eine Modehandlung, hatte zugleich eine kleine Seidenfabrik, und so konnte ich nebst der Handhabung der Elle auch die Geheimnisse der Fabrikation erlernen. Dies letztere tröstete und beruhigte mich einigermaßen, denn es vertrieb mir eine angenehme Abwechslung und verminderte meine Abneigung, die ich im allgemeinen vor dem Kaufmannstand hatte. Aber so etwas erschaffte und werden zu sehen, wie der schöne glänzende Stoff aus der unheimlichen Seide, wie ihn die Raupe gibt, das jagte meiner Einbildungskraft schon mehr zu; auch muß ich ferner gestehen, daß der Gedanke, ein angehender Fabrikant zu sein, mir sehr schmeichelhaft war.

„Dein neues Haus“, sagte mein Vater, „ist das sehr ehrenwerte Handlungsgeschäft mit der Firma Stieglitz und Kompanie. Was diese Kompanie anbetrifft, so hast du mit derselben nichts zu tun und für dich existirt nur Herr und Madame Stieglitz, die „Kompanie“ ist dem Namen nur angehängt worden, weil in Amsterdam ein Geschäft existirt, das mit Indigo handelt und woran die hiesigen Stieglitz einen gewissen Anteil haben. Für mich, der eine Sache genau klar vor sich sieht und die unnützen, nichtslagenden Bezeichnungen haßt, sind die komplizierten Kaufmannsfirmen nicht gemacht, und du wirst in hiesiger Stadt auf gar konstante stehen. Da sind oftmals die Voreilern mit hinein gezogen und es heißt zum Beispiel: „Jakob, Peter Holzgens Sohn“, oder die Lebenden betrachten sich nur als Erben und schreiben: „Caspar Friedrich Schütz sel. Erben“; oftmals sind auch bei Brüdern jüdische Namen derselben angehängt und man sagt: „Heinrich Joseph und Leopold Krauzwegs Söhne und Erben“. Was nun dein Haus anbetrifft, so ist der Primatipal desselben, der Herr Stieglitz, sonst ein würdiger und braver Mann, doch nicht das Haupt des Geschäftes, es regiert vielmehr Madame Stieglitz das Ganze, und ihre Günst zu erlangen wirst du hauptsächlich bemüht sein müssen, was leicht auf dem Wege des Rechten geschehen kann. Denn Madame Stieglitz ist eine brave und achtbare Dame und“, setzte er mit lachendem Lächeln hinzu, „über die Mägen fromm und gottesfürchtig, ferner ist im Hause ein Geschäft besonders zu achten und zu bemerken der Buchhalter Herr Specht.“

die künftigen, unter Leitung des Reichswirtschaftsamtes zu einer planmäßigen Wohnungsproduktion nötigen Vorkarften unter Mitwirkung der Bundesstaaten eingehend besprechen.

Alle die besprochenen Anregungen und Anträge werden einer gewählten Unterkommission zur nochmaligen Durchberatung überwiesen, ebenso ein erneut eingebrachter Antrag Wamm, welcher durch landesgesetzliche Regelung einer Höchstpreisfestsetzung für Wohnungsmieten zur Erwägung gestellt wissen will. Abg. Wirth verlangt unter Hinweis auf in Baden gefasste Beschlüsse auch Pflege der Wohnungsbauforschung, weiter auch etwa notwendige Änderungen der Bauvorschriften, Strafanlagen usw. Reg.-Rat Schidt verweist unter Hinweis auf bereits vorliegende Erfahrungen bei einer Berliner Gartenstadtplanung auf die Notwendigkeit, möglichst Einheitlichkeit beim Ausbau der Häuser zu erstreben, um Ersparnisse zu erzielen; weiter teilt er der Kommission mit, daß im Ministerium für öffentliche Arbeiten bereits Anordnungen für Beschaffung geeigneter, empfehlenswerter Entwürfe für Siedlungen und Gebäude getroffen sind. Die vorläufige Statistik wird von der Regierung trotz bestehender Schwierigkeiten durchgeführt werden, wenn Bundesstaaten und Gemeinden die notwendige Unterstützung dazu gewähren. Die in Sachsen bereits aufgenommene Statistik biete brauchbare Unterlagen, weil aus ihr auch ersichtlich ist, wie groß der Wohnungsbedarf nach Kriegsende vermutlich sein wird.

Der Schlüssel für den Kleiderwucher.

Wie die Reichsbekleidungsstelle verfährt und den Kleiderwucher geradegu begünstigt, dazu gibt die „Textilarbeiterzeitung“ einen Schlüssel, indem sie das nachfolgende Schreiben zum Abdruck bringt:

Reichsverband für Herren- und Knabenbekleidung E. B. Bankkontor: Dresdener Bank, Düsseldorf. Telegrammadresse: Verbandsbureau, Düsseldorf, Kreuzstraße, Fernruf 735 — Postfachkonto Köln 20377. Streng vertraulich! (Von Nachstehendem darf keinerlei Mitteilung an das Publikum und die Presse gelangen.) Düsseldorf, den 17. Januar 1918. Kreuzstr. 2.

Sehr geehrter Herr Kollege! Im vaterländischen Interesse war von der Reichsbekleidungsstelle die Beschlagnahme der Herren- und Knabenbekleidung in den Detailgeschäften vorgehoben. Das hätte zur Folge gehabt, daß wahrscheinlich viele Geschäfte schließen müßten. Den Bemühungen unseres Verbandes ist es in letzter Stunde noch gelungen, diesen vernichtenden Schlag gegen die Geschäfte unseres Faches abzuwenden. Wir haben dafür jedoch die Zulage geben müssen, daß unser Verband 250 000 dreiteilige Herrenanzüge der Reichsbekleidungsstelle absteht.

- Diese 250 000 Anzüge können sich zusammensetzen aus:
1. Koppens- und Rodanzügen, Anzügen, Jagd-, Sport-, Radfahrer-, Tennis- und Leinenanzügen (von Anzügen, die ebenso wie Sportanzüge zweiteilig sein können, müssen vor der Ablieferung alle Knöpfe entfernt und Knöpfen angebracht werden);
 2. Anzugstoffen und Futter;
 3. Anzüge von Größen 1—6, 7—12, 32—46, einzelne Toppen, einzelne Hosen, alle Größen;
 4. Kleidung aus Kasergewebe bzw. Erzfahstoffen;
 5. eventuell Damenkostüme.

Den weiteren Bemühungen unseres Verbandes ist es gelungen die Zulage zu erhalten, daß die Hersteller dieser Kostümbekleidung auf den nachweislichen Faktorenwert oder Einkaufspreis bis zu 50 Prozent Zuschlag berechnen dürfen. Als Höchstgrenze für die Anzüge in Größen 44—64 wurden bis zu 200 Mark bewilligt.

Für Berufsbekleidung werden bis zu 35 Prozent auf den Einkaufspreis bezahlt, für Stoffe, Futter und Zutat bis zu 25 Prozent.

Am allen Angeboten eine einheitliche Grundlage zu geben, haben wir Vordrucke zur Erleichterung der Angebote anfertigen lassen. Die ausgefüllten Vordrucke sind bis längstens Ende Januar d. J. an uns einzuliefern.

Sämtliche bis dahin eingegangenen Angebote hat der Verband alsdann der Reichsbekleidungsstelle zugestellt. Zur Bedingung der Aufnahme in den Verband berechnigt, zum Rechnungsbeitrag ein Prozent abzugeben. (Bei Nichtannahme 2 Proz.)

Die für dieses Kostümbekleidungsbestimmten Waren sind sofort bei Veranlassung aus dem Verkauf zu ziehen. Die Reichsbekleidungsstelle behält sich die Preisprüfung der abgegebenen Angebote auf Grund der Belege vor.

Wir nehmen an, daß Sie uns in Ihrem eigenen Interesse durch ein umfangreiches Angebot zum Ziele verhelfen, damit es uns möglich wird, die Beschlagnahme der Herren- und Knabenbekleidung abzuwenden. Gelingt es uns nicht, 250 000 der angebotenen Anzüge zu liefern, so sind die Folgen unabsehbar. Erklären wir die Wünsche der Reichsbekleidungsstelle, so hat der Reichsminister für bürgerliche Kleidung, Herr Geheimrat Dr. Beutler, in Gegenwart vieler Zeugen versprochen, uns bei Vergebung von Waren in erster Linie zu beliefern.

Die Reichsbekleidungsstelle beauftragt uns ferner, ihr alle diejenigen Firmen namhaft zu machen, welche sich weigern, ihrem Beitrag entsprechend Ware abzugeben, insbesondere diejenigen Firmen namhaft zu machen, die keinem Verbände angeschlossen sind, damit die Reichsbekleidungsstelle bei solchen Firmen eine Einziehung sämtlicher Warenvorräte vornehmen kann.

Inselgedesen erlauben wir Sie, uns bis spätestens Ende Januar d. J. 10 Prozent Ihres Lagers auf beiliegendem Formular anzubieten. Wenn Sie 10 Prozent Ihres Lagers Sie endgültig der Reichsbekleidungsstelle durch uns zur Verfügung stellen müssen, wird Ihnen hierauf noch bekannt gegeben. Wir behalten uns vor, nachprüfen zu lassen, daß die Menge Ihres ersten Angebots auf den vorhandenen Warenvorräten entspricht. Sollte sich das Gegenteil herausstellen, so sind wir leider verpflichtet, den Teilbestand der Reichsbekleidungsstelle zu melden, so daß dann die Beschlagnahme Ihres ganzen Lagers erfolgen wird.

Bestimmt ermahnen, daß auch Sie dem Erfolge der Zeit Rechnung tragen und so Ihr Scherlein zur Linderung wirklicher Not beitragen, indem wir einem umfangreichen Angebot an das Verbandsbureau, Düsseldorf, Kreuzstr. 2, entgegen kommen

mit kollegialem Gruß Reichsverband für Herren- und Knabenbekleidung E. B. wahrhaft, Vorstehender.

Das Schreiben liefert einmal ein wenig den Scheiter, hinter dem sich die Geschäfte im Handel mit Kleidung und Schuhe verstecken. Schon lange fragt sich jedermann: Was kann uns doch ein Hinweis helfen, warum sind denn diese unfassbar hohen Preise für Kleider und Kleidungsstücke zu erklären? In einzelnen Kreisen weiß man längst, daß diese Kleiderpreise, wie sie heute gehandelt werden, keine sachliche Berechtigung haben. Aber wer weiß, wer alle diese Kleiderpreise, die Regierung kann, der Herr für unendlich gehaltenen Reichsbekleidungsstelle. Die Preise erlittenen immer unerschütterliche. Für die Bekleidung der mittleren und armen Bevölkerung. In Oberbekleidung ist ein überaus großer Mangel, nicht deshalb, weil zu wenig davon da ist, sondern, weil es da ist zu Preisen, die immer weniger Menschen zahlen können. Die Not an Kleidung zu erklärenden Preisen ist in der armen Bevölkerung fast überall, daß die Reichsbekleidungsstelle doch endlich vor die Notwendigkeit gestellt ist, den längst erwarteten Schritt zu tun: durch

Beschlagnahme der Herren- und Knabenbekleidung in den Detailgeschäften dem weiteren Umfang des Kleiderwuchers einen Riegel vorzusetzen. Aber nahe am Ziel der im Allgemeininteresse und der — das wollen wir extra hervorheben — doch auch im vaterländischen Interesse gelegener Maßnahmen, läßt sich die Reichsbekleidungsstelle doch wieder durch die zerbundene Interessentvertretung der Kleiderhändler von dieser Maßnahme abdrängen. Für die Ablieferung von 250 000 Anzügen dieser „Notstandsbeleidigung“ zu Preisen bis zu 200 Mk. pro Anzug erlangen die Kleiderhändler nur die Möglichkeit zurück, wenn es ihnen beliebt, den Kleiderwucher künftig weiter zu betreiben, sondern der Leiter der Reichsbekleidungsstelle für bürgerliche Kleidung, Herr Geheimrat Dr. Beutler, gibt auch noch in Gegenwart vieler Zeugen das Versprechen ab, diese Kleiderhändler in erster Linie mit neuen Waren zu beliefern.

Der Reichsverband für Herren- und Knabenbekleidung, E. B., in Düsseldorf hat erkannt, daß er die Reichsbekleidungsstelle, wie man so zu sagen pflegt, glänzend „über Ohr gehauen“ hat, deshalb nicht nur die Bemerkung „Streng vertraulich“ am Kopfe seines Schreibens, sondern auch noch der in Klammern gefasste Zusatz: „Von Nachstehendem darf keinerlei Mitteilung an das Publikum und die Presse gelangen.“ Um Gottes willen, nein, dieses „laubere“ Geschäft, bei dem die Reichsbekleidungsstelle den Kleiderhändlern für die „Notstandsbeleidigung“ bis zu 50 Prozent, sage und schreibe bis zu fünfzig Prozent des Einkaufspreises als Gewinn, was sie bei einzelnen Anzügen dieser „Notstandsbeleidigung“ eine Höchstpreisgrenze bis zu 200 Mark bewilligt — von diesem „laubere“ Geschäft darf das Publikum, das hier in der unverschämtesten Weise seines Geldes „erleichtert“ wird, keine Kenntnis erlangen. Sogar muß hübsch im geheimen gemacht werden.

Aber wir fragen die Öffentlichkeit, was sie zu dieser unerhörten Sache sagt. Ist denn die Reichsbekleidungsstelle dazu da, daß sie durch solche Handlungen dem Kleiderwucher solch gewaltigen Vorkurs leistet? Wenn die Reichsbekleidungsstelle für „Notstandsbeleidigung“ bis zu 50 Prozent des Einkaufspreises als Gewinn bewilligt, was werden wohl dann die Kleiderhändler als Gewinnaufschlag fordern für die Kleidung, die sie an die Konsumenten direkt verkaufen? Gestattet ihnen die Reichsbekleidungsstelle, für einen Notstandsanzug bis zu 200 Mk. zu nehmen, so wird im Handel mit den Konsumenten kein Anzug mehr unter 300 Mk. sein. Denn die Herrschaften, die im Kleiderhandel stehen, gelten schon stets als Leute, die ein robustes Gewissen haben. Und man ersieht ja auch aus dem Rundschreiben, daß die Kleiderhändler noch auf ganz andere Preise rechnen, wie die unerhörten hohen Preise sind, die sie für die „Notstandsbeleidigung“ erhalten, denn sonst würde man nicht nötig haben, mit dem Mittel der Beschlagnahme des ganzen Lagers zu drohen, um 10 Prozent des Lagers für die Notstandsbeleidigung frei zu bekommen. Und so was bezeichnet man dann heuchlerischerweise als ein „dem Erfolge der Zeit Rechnung tragendes Scherlein zur Linderung wirklicher

Wirksam, es ist himmelstreichend, wie man sich an unserem armen, leidenden Volke verjüngt!

Deutscher Reichstag.

Berlin, den 1. März. 137. Sitzung, Vormittags 12 Uhr.

Am Bundesratsstisch: v. Bayer, Graf Roeder, Dr. Solf, Abg. Juchs (Soz.) weißt darauf hin, daß die nach der Kriegsbekleidungsbeschlagnahme der Angehörigen von Kriegsgefangenen zustehende Unterstützung bei verschuldeten Truppenteilen nicht gezahlt wird.

General v. Oden: Es handelt sich hier um Kriegsgefangene, bei denen der Verdacht vorliegt, daß sie sich freiwillig aus russischer Gefangenenschaft nach Frankreich haben überführen lassen. Das gilt als Fahnenflucht.

Erste Lesung des Haushaltsplans.

5. Tag. Abg. Graf Posadowski (D. Frakt.): Ueber die künftige Gestaltung der Reichsfinanzen sind in der letzten Zeit verschiedene Artikel veröffentlicht worden, von denen ich nicht weiß, ob sie auf amtlichem Wohlwollen beruhen oder die schriftstellerische Arbeit eines Freischützen sind. Es war die Rede davon, den bestehenden Klassen einen Teil ihres Vermögens zu entziehen. Solche Neuerungspolitischen Äußerungen haben manchmal die Absicht, wie eine Art Kollisionsprüfung auch auf die öffentliche Meinung zu wirken. Diejenigen, die nichts zu zahlen haben, betrachten die Sache als selbstverständlich, und diejenigen, die die Lasten zu tragen haben, werden allmählich daran gewöhnt, sobald sie, wenn die Operation beginnt, nicht mehr allzu sehr schreien. — Wir sind jetzt glücklich bei 124 Milliarden Schulden angelangt. Die Lasten werden umgekehrt sein, Invalidenten werden uns gewaltig steigen, der Reichspensionsfonds wird wachsen. Die Forderungen werden sich nach dem Kriege, bei der verhältnismäßig nur geringe Einträge nur sehr allmählich haben. Der Deutsche wird also eine ungeheure Steuerlast zu tragen haben. Ist es richtig, in einer solchen Zeit noch die Tilgung der Reichsanleihen zu beschleunigen, indem man den bestehenden Klassen, die doch das wirtschaftliche Ueberrecht weihen zu entziehen sucht? Eine so schnelle Tilgung ist garnicht notwendig. Auch mit den Kriegsgewinnern wird der Prozentsatz der höheren Steuerrenten nach wie vor gering sein, und auch bei der späteren Erfassung von Vermögen und Einkommen werden nicht die Mittel aufgebracht werden können, die wir jetzt brauchen. (Sehr richtig!) Deshalb werden wir zu Monopolen greifen müssen. Ohne Monopole und ohne indirekte Steuern werden wir die Lasten nicht tragen können. Der Reichsschatzmeister sollte sich einmal mit den Finanzministern der Einzelstaaten darüber beraten, wie die Steuerbelastung in den Einzelstaaten technisch zu verbessern ist. (Sehr richtig!) Aber die indirekten Steuern können den Einzelstaaten nicht genommen werden, sonst können sie die Kulturaufgaben nicht in so vorbildlicher Weise erfüllen, wie es bisher geschehen ist. Daß man die durch einfaches und spärliches Leben angefallenen Vermögen in derselben Weise befreit hat, wie die Kriegsgewinne, ist mir unverständlich. Den Einwand, daß es technisch unmöglich sei, bei der Steuer eine Unterscheidung zu machen, kann ich nicht gelten lassen.

Die nächste Regierung will die von den früheren Regierungen übernommenen finanziellen Verpflichtungen nicht anerkennen. Daher muß unsere Regierung unbedingt dafür sorgen, daß im Friedensvertrag mit Rußland die Rechte der deutschen Gläubiger gewahrt werden. Nach dem Kriege müssen wir ein einfaches, spärliches, entbehrungsgewöhntes Volk sein, dann werden wir die Wunden heilen, die der Krieg geschlagen, die wirtschaftlichen sowohl wie die moralischen. (Bravo! rechts.)

Schatzmeister Graf Roeder: Ich stimme dem Vortrager zu, daß wir Ausgaben nicht im Hinblick auf die hohen Kriegskosten bewilligen dürfen, sondern auch bei der kleinsten Ausgabe uns fragen müssen, wie belastet sie den Steuerzahler. Amtliche Beeinträchtigungen an Veröffentlichungen über Steuerfragen haben nicht stattgefunden, wohl aber haben wir ein gewisses platonisches Interesse an solchen Veröffentlichungen. An der Veranlagung der Steuern in den Einzelstaaten hat das Reich ein erhebliches Interesse, ich habe aber an den letzten Veranlagungen Anstellungen nicht zu machen. Die Unterscheidung der Kriegsgewinne von anderen Vermögen ist nicht einfach, doch werden wir die Folge bei den Kriegsgewinnern prüfen.

Abg. Bogheier (N. S.): Das Klimakterium in Rußland ist nicht danach angehen, mit Rußland in Frieden und Freundschaft zu leben, sondern danach, große Gebiete zu germanisieren. Einlang und Eiland sollen mit Kolonialtruppen besetzt werden; die sollen der territorialen Zugehörigkeit zu Rußland entgegen werden. Rußland verliert damit 60 Millionen Einwohner und seine europäischen Besitztümer. So steht die Erfüllung des Versprechens aus dem Friedens des Selbstbestimmungsrecht zu geben. Der Friede mit der Ukraine wurde in Ostpreußen ein Zwischenglied gemacht.

Das zeigt von einer ganz oberflächlichen Beurteilung des Staatsaktes. Mit Recht mußte dieser Frieden den Unwillen in Polen erregen. Dem allgemeinen Frieden sind wir nicht näher sondern weiter von ihm abgekommen, denn die Entente läßt sich an dem Widerspruch unserer Parte und Late deutl unsere antirevolutionären Pläne. Sogar die Regierungsobertraten schwindeln den Arbeitern vor, wir befinden uns noch immer im Verteidigungskriege. Dr. Rösche hielt uns das Nationalbewußtsein der baltischen Barone als Muster vor. Diese Herr haben dem Zarismus die Stiefel geliebt und waren die Seele der antirevolutionären Politik. Erst jetzt neigt ihr Nationalbewußtsein nach Westen. Ganz dasselbe Schauspiel zeigte die osteuropäischen Juden vor hundert Jahren. In Litauen sehnt man jetzt schon wieder den russischen Gendarmen herbei — so sehen unsere moralischen Eroberungen im Osten aus. Ueberall wo es was zu ergatteren gibt, suchen Leute eine Einklure zu erlangen. So will man jetzt in Dresden überzähligen Prinzen gern nach Litauen verpflanzen. Belgien soll nicht wieder Aufmarschgelände unserer Flotte werden dürfen, sagte der Reichskanzler. Aber dieser Zustand war schon vor dem Kriege vorhanden und ist erst durch die Unrecht gestört worden, das Deutschland mit seinem Neutralitätsbruch begangen hat. Wie soll man denn in künftigen Verträgen Garantien geben, wenn man Verträgen gegenüber das W anerkennt: Not kennt kein Gebot! Was das Ausland von uns erwartet, hat Balfour deutlich gesagt. Aber noch hat kein Kauer hier einen klaren und unzweideutigen Bericht auf Belgie ausgeprochen. (Sehr richtig! bei den Unabh. Soz.) Die Polen sind über ihre Behandlung mit Recht entrüstet — hat doch auch in Deutschland die Polenverfolgung noch nicht aufgehört. wird der in polnischen Kreisen angesehene Schriftsteller M lewski schon seit länger als einem Jahre ohne jeden Grund interniert gehalten und wirtschaftlich und gesundheitlich zugrunde gerichtet. Das Oberkommando hat ja niemanden über sich, der Reichskanzler hat ihm nichts zu sagen. Das ist ja das Standbild unserer Zustände, daß wir mit Haut und Haaren an die Militärfasche verkauft sind. Und die Volksvertreter, die sich Sozialdemokraten nennen, rechnen es sich noch zur Ehre, die Trabanten der Regierung zu bilden und ihre verrückte Kriegspolitik mitzumachen (Vizepräsident Dove ruft den Redner wegen dieses Ausdrucks zur Ordnung.) Gegen die Resolution vom Juli 1917 haben wir gestimmt, weil sie vom Selbstbestimmungsrecht der Völker kein Wort enthielt. Die Rechte hat aus ganz anderen Gründen dagegen gestimmt. Bei den Kriegskrediten aber finden sich die Regierungsobertraten mit der Rechte zusammen, und sogar aus denselben Motiven. Sie werden auch weiterhin bei der Stange bleiben und sich auch nicht durch das Verhalten der Sozialdemokraten anderer Länder lösen lassen, z. B. von den österreichischen, die jetzt unter der Führung Viktor Adlers die Kriegskredite ablehnen, weil sie keine Verantwortung für den Krieg übernehmen wollen.

Ein ungeheures Maß von Steuern wird nach dem Kriege nötig sein; aber man wird es nicht von den reichen Kriegsgewinnern nehmen. Nur ein Beispiel von vielen: Die Zuckersabrik in Rannstatt verteilte 25 Prozent Dividende und konnte damit trotz aller Abschreibungen den Kriegsgewinn nicht verbergen. Daher schenkte sie den Aktionären auf je drei Aktien eine neue. Das macht also beim Parikurs einen Gewinn von 59 Prozent. Die Aktien stehen aber nicht auf Pari, sondern auf 540. (Hört, hört! bei den Unabh. Soz.) Je mehr man in diese Verbrederehöhlen des Großkapitals hineinleuchtet, umso mehr müssen dem Volk die Augen aufgehen über seine Leiden im Kriege, über die Lasten, die es tragen muß und die es nach dem Kriege weiter tragen soll. Mit solchen Kriegsgewinnern kann man sich patriotisch gebärden, kann Kriegsanleihen zeichnen und einen Frieden „nicht ohne Kriegsenkündigung“ verlangen. Kriegsenkündigung oder Staatsbankrott sagen die Alldeutschen, denn sie haben Angst vor direkten Reichssteuern und vor Vermögenskonfiskationen. Zu diesen Leuten paßt auch die barbarische Kriegführung mit Verletzungen, Flugbomben, Gasangriffen, all das ist uneres christlichen Zeitalters würdig. Die hohen Löhne sind Korruptionslöhne, wie die Arbeiter bei guter Laune zu erhalten, im Interesse der Kriegführung. Die streikenden Arbeiter wollten mit der Regierung selbst verhandeln, weil sie zu den Gewerkschaftsführern kein Vertrauen haben. Der Professor Weber hat in der „Frankfurter Zeitung“ eine höhere Beurteilung des Streiks gefunden als Landsberg. Die Sozialdemokraten betrachten einen Massenstreik nur als Erholungsparade. Das Kriegsgewinn ist an anderer Meinung. Der Redner führt eine Anzahl von Urteilen der außerordentlichen Kriegsgerichte an. So wurden gegen einen Arbeiter wegen Bestiftung eines Gelbes durch eine Lebensart zwei Jahre Zuchthaus beantragt. Eine Frau, gegen die selbst nach der Zulage des Gehältnisses nichts Greifbares ermittelt werden konnte, wurde zu 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus verurteilt. Wie mutet dagegen die Aufforderung der Pulverfabriken Rottweil an, die gegen das Schießgericht gerichtet war, und mit Einschränkung oder gänzlichlicher Einstellung der Munitionserzeugung drohte! Es sind Zeugnisse genug dafür vorhanden, daß eine Schädigung der Munitionserzeugung durch den Streik nicht eingetreten ist; die „Bergmannszeitung“ stellte sogar fest, daß eine wünschenswerte Kohlenvorräte von Millionen von Tonnen durch den Streik eingetretten ist. Der Munitionsarbeiter und die Arbeiterschaft überhaupt leistet unter den schwierigsten Verhältnissen Aufgeheures, aber der Staat findet keine Anerkennung für sie, steckt sie vielmehr wegen des Gebrauchs ihrer Rechte in das Zuchthaus, wegen Deslikten, die unter normalen Verhältnissen mit Geldstrafe oder einigen Tagen Haft geahndet würden. Für den Abg. Dittmann hat die bürgerliche Presse nach seiner Verhaftung nur Gleichschritte übrig gelassen. Wie lange hören wir schon den Schwindel von der sogenannten Neuorientierung — und man hat doch viel zu viel Angst und Würde durch die Freiheit des Volkes viel zu sehr für seine Vorrechte und Machtbefugnisse fürchten. Der Abg. Engelberger hat von dieser Stelle gesagt, daß mit der preussischen Wahlreform ein Teil des angelsächsischen Kriegswillens gebrochen wurde. Das ist richtig und bedarf sich auch mit der vielgeläuterten Auffassung Wilsons; denn mit dem Deutschland unter der Leitung dieser Militärkräfte, das weiß man im Ausland, läßt sich keine Selbde spinnen. Die Sozialdemokraten der offiziellen Richtung allerdings gehen mit der erweiterten „Demokratisierung“ treiben, die einen Mann wie v. Bayer an den Regierungstisch gesetzt hat. Herr v. Bayer ist nur ein Kad in dem Getriebe der Regierung, ganz und gar abhängig von der Steuerung, die noch ganz in den Händen des Junkertums liegt. Dieses Junkertum aber wird sich bis zum letzten Augenblicke und aufs äußerste gegen sein Verschwinden wehren. Dabei werden ihnen alle Worte, wie die Rückkehr auf das Vaterland usw., ganz und gar schnuppe sein. Zur Demokratisierung gehört vor allem auch das Wahlrecht für die Frau des Proletariats? Dann kommt der Redner auf den Wucher und den Scheidhandel zu sprechen und fragt, wer im Hause sagen könnte, daß er wesentlich und vorzüglich die Gesehe noch nicht übertraten habe. Sogar der Reichskanzler läßt sich ja, ungehindert von den Kontrollstellen, Lebensmittel in großen Sendungen aus Bayern schicken, der doch gewiß die Verpflichtung in sich fühlen müßte, mit gutem Beispiele voranzugehen. (Präsident: Sie dürfen den Reichskanzler nicht einer Gesehesübertretung beschuldigen! — Zuruf links: Fatal!)

Wie tief diese Zustände eingerissen sind, beweist ein Fall, den ich des näheren ausführen werde. In Swinemünde laufen aus dem dortigen Hafen Schiffe ein, die durch ein Lothenboot kontrolliert werden, um Geleisefische zu erhalten. Diese Tätigkeit untersteht dem Konteradmiral Holzhauser; derselbe hat, um seine Aufgabe bewältigen zu können, sich ein — drittes Schiff und eine Kadambacht zugelegt, die er allerdings lediglich nur zu Spazierfahrten und Hantierfahrten benutzt. Von diesen Schiffen sind nicht nur pfaudweise, sondern zeitweise Lebensmittel heruntergebracht worden, die der Konteradmiral persönlich gar nicht aufbrauchen konnte, sondern die im Wege des Seefischhandels weitergegeben werden mußten. Er legte sich auf seinen Schiffen ganze Vorratstammern an. Auch soll er sich Zollhinterziehungen aufzubuden lassen lassen haben in der Höhe von Tausenden von Mark. So wurden einmal 1000 Mark (Geld) in den Händen von einem Antrag

hoffrei durchgelassen, zu dem Zwecke, sie als Liebesgabe unter die Matrosen verteilen zu lassen. Aber die Matrosen wissen davon nichts. (Vizepräsident Paasche: Sie dürfen keinen Namen nennen. Ihr Bericht ist dem Marineminister erst vor zwei Tagen zugegangen, bis zur Prüfung der Sachlage ist es wünschenswert, daß ein näheres Eingehen auf die Sache unterbleibt.) Ich habe die Sache bereits vor neun Tagen eingereicht. Die Sache ist in Swinemünde und Stettin in aller Leute Munde. Meine Partei steht außerhalb jedes Rechts. In zahlreichen Kreisen haben wir keine Möglichkeit, selbst in geschlossenen Kreisen zusammenzukommen. Seit vier Monaten haben wir z. B. infolge einer Verfügung des Kommandierenden Generals v. Vietinghoff keine solche Versammlung abhalten können. Die Schikane geht soweit, daß man uns einen einfachen Unterhaltungsabend einen Tag vorher verbieten hat. (Hört, hört!) Für viele unserer Abgeordneten wird ohne Grund aus reiner Schikane, aus Willkür ein allgemeines Reiseverbot verhängt. Außer demokratische Vizepräsidenten wird nicht gegen den Stachel der allmächtigen Kommandierenden Generale leide können. Im Falle Dittmann hat sich der Reichstag selbst ausgeschaltet. Wenn ein wildgewordener Kommandierender General es unternimmt, den Reichstag durch Ausschaltung einer Anzahl seiner Abgeordneten zu bezimern, so ist das eine Angelegenheit, die den Reichstag sehr nahe angeht sollte. (Sehr wahr! bei den Unabh. Soz.) Dieser Krieg, der lediglich ein imperialistischer Krieg ist, muß das Volk und alle Natur hinabführen in einen graufigen wirtschaftlichen Ruin. Dem Volk wird nur dann geholfen werden können, wenn es endlich seine Meinung hinwegsetzt und sein Schicksal selbst in die Hand nimmt. (Beifall bei den Unabh. Soz.)

General Wiesenberg: Aug. Scheidemann hat gestern persönliche Angriffe gegen Erzellens v. Kessel gerichtet. Ich gehe nicht näher darauf ein in dem Bewußtsein, daß Erzellens v. Kessel sich durch solche Bemerkungen nicht getroffen fühlen kann. Wenn Herr Scheidemann aber meinte, der Streik hätte in drei Tagen beendet sein können, bei entgegenkommenden Erklärungen, so kann ich diese Ansicht nicht teilen. Herr Scheidemann wird mir den Beweis dafür schuldig bleiben. Herrn Bogtherr erwidere ich, daß es Pflicht der militärischen Behörde ist, in solche Verhältnisse, wie sie beim Streik vorliegen, für Ruhe und Ordnung zu sorgen, die durch die verhängten Strafen entfallenen Härten fallen auf die Drahtzieher zurück. Von einer Schikane durch Kommandierende Generale kann keine Rede sein. Viele entschieden nach allgemeinen Grundsätzen, nach denen keine Differenzierung von Parteien stattfinden soll. (Lautes Gelächter bei den Unabh. Soz.) Maßgebend bleibt, wenn die öffentliche Ordnung und Sicherheit gefährdet ist.

General Scheuch: Herr Bogtherr hat die Behauptung wiederholt, daß durch den letzten Streik die Munitionslieferung nicht im minderen gefährdet wird. Das ist falsch. Jede Unterlassung der Arbeit in Kriegsbetrieben ist ein Nachteil für die Befriedigung des Heeresbedarfs. Wenn man sagt, was bedeutet das gegenüber vielen Unterbrechungen der Kriegsarbeit durch Kohlenmangel, so liegt hier ein wesentlicher Unterschied vor. Bei Kohlenmangel treten die betreffenden Behörden sofort in Beratungen darüber, welche Betriebe im Augenblick weniger wichtig sind. Demen werden die Kohlen etwas entzogen und den augenblicklich wichtigsten Betrieben zugeführt. Ein Streik dagegen bringt eine planlose, rücksichtslose Unterbrechung des Nachschubs an Heeresbedarf mit sich. Also das eine ist die Ordnung, das andere die Planlosigkeit. Wenn Herr Bogtherr weiter bemängelt hat, daß hier noch kein Wort des Danke und der Anerkennung für die Arbeiterschaft in der Heimat gefallen sei, so erinnere ich Ihnen die sehr warmen Worte des Reichstanzlers und des Staatssekretärs im Innern für die Leistungen des arbeitenden Volkes. Allerdings gelten diese Worte nicht denen, die Herr Bogtherr heute vertritt, sondern eben dem arbeitenden Volk. (Bravo!)

Admiral Grünhagen: Ich lese Verwahrung daneben ein, daß Herr Bogtherr seine schweren Anklagen gegen hochachtbare Offiziere und andere Leute öffentlich vorgebracht hat, obgleich er wissen mußte, daß die dem Reichsmarineminister zugegangene Beschwerde noch nicht geprüft sein konnte. Die Beschwerde wird eingehend untersucht werden, und wenn etwas Wahres daran sein sollte, werden wir unerschrocken gegen die Schuldigen einschreiten.

Abg. v. Trampszynski (Pole): Die Ausnahmegeetze gegen die Polen hat man bei Kriegsbeginn nicht fallen lassen, und auch jetzt noch will man sie nicht aufheben; so soll das Niederlassungsverbot für Polen nur beschränkt werden. An polnische Schulen, auch nur an polnischen Unterricht denkt man nicht. Der Redner kritisiert weiter die von dem Generalkommando Ober-Ost betriebene Politik, die direkt polenfeindlich sei.

Ministerialdirektor Dr. Lewald erklärt die Klagen des Abg. v. Trampszynski für ungeduldfertig; die in Polen einrückenden deutschen Heere fanden in der Verwaltung ein vollständiges Chaos, da die russischen Behörden laplos gesessen und vollständige Unordnung zurückgelassen hatten. Was die deutsche Verwaltung in kurzer Zeit dort geleistet hat, ist in höchstem Maße anerkannt.

Abg. Fehrenbach (Zentr.) betont dem Abg. Trampszynski gegenüber, er hätte seine scharfen Angriffe neutral gegen den Abg. Stypkel nicht zu erheben brauchen, wenn der Abg. Stypkel ebenso gesprochen hätte, wie heute der Abg. v. Trampszynski. Die Beschwerden der Polen in Preußen haben bei uns immer ein williges Ohr gefunden. Aber alles, was auch in Preußen an den Polen gefündigt worden sein mag, dürfte für den Abg. Stypkel kein Grund sein, in dieser Weise den Friedensvertrag mit der Ukraine abzulehnen, der schließlich der erste Schritt zum selbständigen Polen ist.

Abg. Stypkel (Pole): Der Abg. Fehrenbach hat damals die schwersten persönlichen Angriffe gegen mich gerichtet. Ich hätte erwartet, daß er das heute wieder zugemacht hätte. Wenn Herr Fehrenbach nicht versteht, warum die Vertreter der Polen die Abmachungen in Brest-Litovsk nicht annehmen konnten, ist allerdings jede Verständigung mit ihm unmöglich. Diese Zustimmung verbot den Polen ihre Würde.

Abg. Bogtherr (U. S.): Der Vertreter der Marinewerwaltung hätte die Erörterung der peinlichen Angelegenheit verhindern können, wenn er an mich herantreten wäre und mir Untersuchung zugelassen hätte. Wenn die Strafgesetze der Arbeiter in den militarisierten Betrieben nicht den Unternehmern zufließen, so fließen sie dem Militärfiskus zu, und diese Bereicherung ist für eine Verwaltung schmachvoll.

Admiral Brünhagen: Der Abg. Bogtherr mußte sich selbst sagen, daß das Reichsmarineministerium in der kurzen Zeit gar nicht in der Lage sein konnte, alle Anschuldigungen des anonymen Schriftstüdes zu prüfen. General Scheuch: Die Strafgesetze fließen dem Militärfiskus nicht zu. Eine solche Behauptung ist von dem Abg. Bogtherr nur aufgestellt worden, um den Satz von der Schmachvollen Verwaltung anzufügen.

Hierauf verlegt sich das Haus. Nächste Sitzung: Dienstag, den 12. März, 2 Uhr. (Gesetz über die Aenderung der Reichstagswahlkreise, Postgesetz.) Schluß 6 1/2 Uhr.

Ernährungsfragen.

Das Kriegsernährungsamt im Urteil der Landwirte. Das Kriegsernährungsamt hat keine angenehme Aufgabe. Es soll die Produktion anregen, obwohl die Arbeitskräfte, die Pferde, Maschinen, Düngemittel usw. fehlen; es soll die Produkte so verteilen, daß jeder zum Lebensunterhalt das Notwendige hat, obwohl wir schon drei Jahre vom Urstand abgefallen sind und unsere heimische Produktion zurückgeht. Starke Eingriffe sind deshalb notwendig. Der Landwirt muß sich eine Bestandsaufnahme, eine Bestandsaufnahme, eine Einschränkung des Eigenbedarfs gefallen lassen, wird zur Ablieferung gezwungen und dergl. mehr. Dem Handel werden Höchstpreise vorgeschrieben, Kundenlisten eingeführt, und er wird durch eine Kontrolle beengt. Den Verbraucher müssen die Höchstpreise im Wege, die Rationierung bewirkt sie, sich einschränken; aber auch die große Masse der Verbraucher muß sich Einschränkungen gefallen lassen, muß sich mit der zugewiesenen Ration abfinden und verspürt die Mängel in der Lebensmittelversorgung am allermeisten. Das Kriegsernährungsamt muß dafür sorgen, daß mindestens sozial Produkte angebaut werden, wie wir unbedingt verbrauchen, hat aber andererseits darüber zu wachen, daß nicht mehr Produkte verbraucht werden, wie angebaut werden können. Daß es dabei besondere Rücksicht auf die Masse der Minderbemittelten und besonders der schwerarbeitenden Bevölkerung nehmen muß, ist eine Selbstverständlichkeit, über die nicht geredet werden sollte. Trotzdem macht die Landwirtschaft dem Kriegsernährungsamt fortgesetzt Vorwürfe, es gebe zuviel den Konsumenten nach. Erst jetzt schreibt wieder Dr. Heim unter Hinweis auf die Forderung, den Erzeugern Kontrollorgane aus Verbraucherkreisen zuzuschicken: Man sei im Kriegsernährungsamt von allen guten Geistern verlassen, Unkenntnis der landwirtschaftlichen Verhältnisse sei dort Trumpf, maßgebend seien die sogenannten Konsumentenkreise und die Gewerkschaften. Der Kriegsausschuss für Konsumentenkreise und die Gewerkschaften im Kriegsernährungsamt maßgebend, dann wäre bestimmt mehr Rücksicht auf die minderbemittelten Konsumenten genommen worden. Manche Verordnungen wären nicht ergangen oder anders ausgefallen. Die Konsumenten stehen auf einem gegenteiligen Standpunkt. Viel zu lange haben die landwirtschaftlichen Kreise das Kriegsernährungsamt beeinflusst und nicht zuletzt der frühere Landwirtschaftsminister hat diesem und seinen Verordnungen Hemmnisse bereitet. Die Auseinandersetzungen sind ja bekannt. Wir haben gewiß keine Ursache, das Kriegsernährungsamt gegen die Vorwürfe der Landwirtschaft in Schutz zu nehmen, aber daß die Konsumentenkreise und die Gewerkschaften im R. E. U. den Ton angeben sollen, das kann nicht unwiderrprochen bleiben, gerade das Gegenteil ist der Fall. Wäre man mehr und früher den Ratshälgen und Ministern der Konsumenten gefolgt, dann stände es heute zweifellos mit der Lebensmittelversorgung besser.

Aus der Partei.

Ein Fortschritt. Es besteht kein Zweifel darüber, daß in den Erscheinungsorten der sozialdemokratischen Zeitungen bei den weitesten Volkskreisen das sozialdemokratische Blatt als das angesehenste gilt. Diese Tatsache war unser Stolz und — unser Trost gegenüber dem weiteren Umstand, daß Behörden und unsere Presse meist weniger hoch einschätzten. Immerhin sehen wir es als höchst erfreulich an, daß nun auch Behörden über die wahren Rangverhältnisse der Presse ein Licht aufgegangen ist. Wir registrieren den ersten Fall dieser Bekehrung in der Hoffnung, daß er den Weg ebne zu einer allgemeinen besseren Einsicht: Vor einigen Tagen sandte ein Pfarrer aus Sachsen einen Brief nach Straßburg, der die Adresse trug: „An die angesehenste Zeitung in Straßburg.“ Die Post war sich keinen Augenblick im Zweifel, wohin der Brief gehörte, denn mit der nächsten Briefabtragung wurde er unserem Straßburger Parteiblatt „Freie Presse“ übergeben.

Gewerkschaftsbewegung.

Örtliche Unternehmerartelle. Der sehr rührige Deutsche Industriezweigsverband tritt in seinen „Mitteilungen“ Nr. 4 für die Schaffung von öffentlichen Unternehmerartellen ein. Und zwar nimmt er Bezug auf die Zeitschrift eines Mitgliedes, das darüber seinem Unmut Ausdruck gibt, daß bei dem für ihn zuständigen Gewerkschaftsgericht der Herausgeber des dortigen sozialdemokratischen Blattes als Arbeitgeberbesitzer mitwirkt. Es wird nun auf die Gewerkschaftsartelle hingewiesen, die durch ihre Zusammenfassung aller örtlichen Kräfte es ermöglichen, daß sogar Arbeitgeberbesitzer aus ihren Reihen gewählt werden könnten und daß dadurch überhaupt die Gewerkschaften sich einen weitgehenden Einfluß zu sichern vermöchten. Dem hätte die Arbeitgeber nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen, es wäre aber höchste Zeit, entsprechende Einrichtungen zu schaffen, zumal das angekündigte Arbeitsamergesetz wieder eine ganze Anzahl von Organen schaffen würde, deren Tätigkeit mehr noch als alle bisherigen von tiefen einflussender Bedeutung für die Arbeitgeber sein wird. Der Deutsche Industriezweigsverband bittet daher die Mitglieder derjenigen Orte, wo die lokale Arbeitgeberorganisation noch fehlt, um Mitteilung und Vorschläge; er sei gern bereit, den Arbeitgebern bei Gründung örtlicher Organisationen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.

Aus dem Gerichtssaal.

Landesverratsprozess gegen einen Gewerkschaftsangehörigen. Wolffs Bureau berichtet aus Leipzig: Der zweite und dritte Strafsenat des Reichsgerichts verurteilte den zweiunddreißigjährigen Gemeinsekretär Bernhard Wente (Dresden) wegen versuchten Landesverrats und öffentlicher Aufforderung zum Ungehorsam gegen behördliche Anordnungen zu vier Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrenrechtsverlust. Der Angeklagte hielt als Anhänger der Unabhängigen Sozial-

demokratie am 12. August 1917 in Birna vor meist jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen der Munitionsindustrie eine öffentliche Rede, in der er den Streik der Rüstungsarbeiter empfahl. Er handelte dabei, wie das Gericht annahm, in dem Bewußtsein, daß seine Aufforderung, wenn sie Erfolg gehabt haben würde, die Kriegsmacht des Deutschen Reiches schädigen werde.

Miesenschiebungen bei Seereserveoffizieren. Vor der Strafkammer Wiesbaden stehen ausserordentlich die Inhaber der Vollfirma Whiltppt, Rudolf und Karl Whiltppt, sowie der Proturist der Firma Wilt, Fischer unter Anklage, sich bei Lieferungen von bearbeitetem Holz an die Seereserveverwaltung unersaubte Vorteile verschafft zu haben. Die Firma Whiltppt erhielt in den beiden ersten Jahren des Krieges vom Militäramt Mainz Aufträge, die den Betrag von 26 Millionen erreicht haben sollen. Die Mäßigkeit zu den Unregelmäßigkeiten war dadurch gegeben, daß ein dritter Bruder des Anklagten, Heinrich Whiltppt, in seiner Eigenschaft als Hauptmann und Vorsteher des Bionierheeresparks Mainz Gelegenheit hatte, die Offiziere an die Seereserve einzuführen. Er teilte die angebotenen Preise seinen Rüdern mit, die sich um ihren Offizieren danach richten konnten. Von den auf diese Weise übergebenen Aufträgen bezog Heinrich Whiltppt bestimmte Prozente. Die Anklage behauptet weiter, daß die Preise der Firma Whiltppt unter der Hand erhöht worden seien, und zwar unter Mitwirkung des Hauptmanns Whiltppt, und daß der Firma besonders hohe Vorzuschüsse geleistet wurden. Die Reichsregierung gegen Hauptmann Whiltppt haben bereits das Militärgericht Mainz beschuldigt, das den Anklagten zu drei Jahren Gefängnis und den üblichen Nebenstrafen verurteilte.

Sunder und Niche. Silba J., ein hübsches und temperamentvolles Mädchen, stand vor einem Wiener Gericht als Angeklagte. Sie hatte im Vorjahre an das Landesverweidigungsministerium eine Eingabe gerichtet, in der sie dem Hauptmann Conte de S. vorwarf, er habe sich ihr gegenüber wenig offiziersmäßig benommen; ferner hat sie ihm in seinem Bureau in Gegenwart von Kameraden ein böses Schimpfwort zugerufen. Nach ihren Aussagen hat sie den Hauptmann, der sie vor einem Unfall schützte, auf der Strafe kennen gelernt, und dieser habe sich nach kurzer Zeit heimlich mit ihr verlobt, obwohl er verheiratet war. „Er hat sich“, so erzählt das Mädchen, „durch fast fünf Wirtstafeln, von uns Lebensmittel verschafft. Ich erfuhr, daß er sich seiner Frau gegenüber äußerte, wenn er zu uns nach Ungarn zum Sommeraufenthalt komme, werde er noch mehr Butter und Fett liefern können. Um sich dann beim Ehrenrat herauszureißen, hat er mich in schändlicher Weise verhöhnt, und deshalb glaube ich, das Recht zu haben, ihm das vorzuhalten, was ich gesagt habe.“ Die Verhandlung wurde behufs Studiums der vierzig Briefe umfangreichen Korrespondenz zwischen dem „Verlobten“ und der gestellten Beweisanträge zunächst vertagt. Aber wie immer auch das Urteil lauten möge, der Fall charakterisiert doch recht drastisch die jetzige Zeit, in der mehr denn je die Liebe durch den Magen geht. Betreffend sind namentlich folgende Stellen aus dem Briefwechsel des Paares. Sie schreibt ihm: „Geliebter! Ich denke Deiner in unmanblicher Treue und lege als Ausdruck derselben ein Kilogramm frischer Butter bei.“ Und er antwortet postwendend: „Mein Schatz! Ich zweifle nicht an Deiner Treue, aber Du mußt sie immer und immer wieder bekräftigen!“

Aus Nah und Fern.

Das Geheimnis der Kriegswurst. In einer Berliner Gerichtsverhandlung, bei der es sich um die Verurteilung eines Händlers handelte, der verurteilt worden war, weil er eine angeblich aus Renneteilchen hergestellte Wurst, die in Wahrheit Federwurst war, verkauft hatte, erklärte der Sachverständige, daß sämtliche als Kaninchen- oder Geflügelwurst bezeichnete Wurst, insbesondere sogenannte Schlauch- und Frühwurst aus Federfleisch hergestellt werden.

Unsauberes aus der Berliner kaiserlichen Kleiderverwertung. In der Berliner kaiserlichen Kleiderverwertungs-Gesellschaft wurden der Direktor der Konfektionsabteilung, Bronsdenburg, und sein Gehilfe Jacob entlassen. Sie hatten sich von der Rundschaft schmeicheln lassen. Erhebend fiel dabei ins Gewicht, daß es sich meist um arme Kriegsverletzte handelte, denen alte bürgerliche Kleider zugewiesen werden sollte und die erst bedient wurden, wenn für den Verkäufer etwas dabei abfiel.

Schwere Schlagwetterexplosion. Auf der Zeche „Friedrich der Große“ bei Herne ereignete sich eine lokale Schlagwetterexplosion, die den Zusammenbruch einer Strecke zur Folge hatte. 26 Bergleute wurden verschüttet und konnten nur als Leichen geborgen werden.

Zeichen der Zeit. Aus Düsseldorf wird berichtet: In einem hiesigen Blatt findet sich folgende Anzeige: „Zwei bessere, vermögende junge Herren, 18 Jahre alt, deren Eltern großes Geschäft haben, suchen die Bekanntschaft zweier besserer jungen Damen, 17 bis 18 Jahre alt, zwecks Heirat. Es mögen sich nur diejenigen melden, die in besseren Gesellschaften auftreten können. Angebote mit Bild unter ... an die Hauptgeschäftsstelle. Strengste Verschwiegenheit wird zugesichert.“

Bei dem Alter der Heiratskandidaten besteht die Hoffnung, daß sich ihrer demnächst das Militär annehmen und ihnen vorläufig die Scheinwahl nach besseren jungen Damen, die in besseren Gesellschaften auftreten können, austreiben wird.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz, Rud. Friedr. Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Brauerei zur Walkmühle
Hansa-Brauerei A.G.
Lübeck.
Trinkt
Lübecker Vereins-Bräu
Einserhandlungen
Lübeck, Holtenauer 2
Ecke Schlüsselbad

Bavaria-Brauerei
Hamburg-Altona
Niederlage Lübeck
Lindenstr. 60a Tel. Nr. 474
Fleisch- und Wurstwaren
Dechen- u. Senzelschächterstr.
Julius Schöber
feinste Wurstwaren
Große Burgstr. 53

Praktischer Wegweiser
empfehlensw. Geschäfte
Zur gef. Beachtung
empfohlen
Herrnhartikel
Heinrich Waller
Breitstadt
Herrn Wägen
Krawatten-Unterzeuge
Hüte, Schirme etc.
Weine
Wilhelm Rahft
Untertrave 113. Telephon 637
varialhalt. Resonanzgitarre von
diversen Weinen u. Spirituosen

Brauereien
Die Biere der
Schlitzbrauerei Kiel
worden überall bevorzugt.
Lederhandlungen
Carl Rohde
Sohlennschnitt, Bedarfartikel
Pelz-Artikel
Heine Schläfen
Glandorstraße 7
Helm. Schläfer
Schlitzbrauerei

Thüringer Wurstwaren
August Scheere
G. m. b. H.
Liefert das Beste in allen Wurstwaren.
Wurstfabrikation
Lübecker Wurstfabrik
Emil Aland
Wilt. Schmidt Nachf.
Mölin
C. Ahrens, Bäckmeister

Kenner bevorzugen
das gute Lübecker
Bürgerbräu
Aktienbrauerei Lübeck
Eutla
MewsMühle, Mühlenfabrikate
Ratzeburg
Ratzeburger Aktien-Brauerei

Brotartenausgabe.

I.
1. Die Brotarten für die nächsten 8 Wochen vom 9. März bis 8. Mai 1918 werden ausgegeben:
a) in der Stadt und den Vorstädten mit Ausnahme der unter b) aufgeführten Stadtteile für die Verbraucher, deren Familienname anfängt mit den Buchstaben A bis K am Dienstag, 5. März, von 9-1 Uhr vormittags u. 4-8 Uhr nachmittags
G, K, Mittwoch, 6. März, vormittags u. 4-8 Uhr
L, R, Donnerstag, 7. März, vormittags u. 4-8 Uhr
S, Z, Freitag, 8. März, nachmittags
b) in den Stadtteilen Travemünde, Rüdnitz mit Herrenmühl und Waldbußen, Schlutup, Dänischburg mit Steins, Moisking mit Genin und Buntkeub für die Verbraucher, deren Familienname anfängt mit den Buchstaben A bis H am Mittwoch, 6. März, während der üblichen Geschäftsstunden
J, Q, Donnerstag, 7. März, während der üblichen Geschäftsstunden
R, Z, Freitag, 8. März, während der üblichen Geschäftsstunden
c) in den Landgemeinden an den Tagen vom 6. bis 8. März während der üblichen Geschäftsstunden.
2. Für jedes Heft, das außerhalb der festgesetzten Tage und Tageszeiten abgeholt wird, ist eine Gebühr von 50 Pf. zu entrichten. Dies gilt auch für die Landgemeinden.
Am Sonnabend, dem 9. März, können die Karten noch bei den Polizeiamt abgeholt werden. Vom Montag, dem 11. März, an sind die Brotarten im Gebiet der Stadt und Vorstädte nur in der Ausgabe stelle, Königstraße Nr. 69, erhältlich.
3. Für Kinder unter 1 Jahr werden Brotartenhefte nicht ausgegeben.

Militärpersonen, und zwar:

1. Offiziere und Militärbeamte.

2. Brotgeldempfänger, Einquartierte, Arbeitsurlauber usw.

erhalten ihre Brotarten in der Stadt und den Vorstädten nur in der Geschäftsstelle Königstr. 69.

III.
Für die Ausgabe der Brotarten sind die bisherigen Ausgabe stellen zuständig. Wer seit der letzten Brotartenausgabe von auswärts zugezogen oder in einen anderen Brotartenbezirk verzo gen ist, hat dieses durch Vorlegung einer Bescheinigung des Meldeamtes nachzuweisen.

IV.
Die neuen Brotarten werden nur gegen Rückgabe des mit Nummern versehenen Kopies der alten Brotartenhefte und gegen Vorzeigung des Lebensmittelkartenheftes oder der Lebensmittelkarte abgegeben.
Die Abholung der Karten darf nicht durch Kinder unter 12 Jahren erfolgen.

V.
Wer den mit der Brotartenausgabe beauftragten Beamten oder Gemeindevorstehern unrichtige Angaben macht, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis zu 50 000 Mk. oder mit einer dieser beiden Strafen bestraft.
Lübeck, den 1. März 1918. (881)

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung.

Auf Grund der Bekanntmachung des Polizeiamtes, betreffend die Ausgabe von Lebensmittelkartenheften, vom 10. November 1917 wird hiermit angeordnet:

§ 1.
Die Lebensmittelkartenhefte werden für die Zeit vom 18. März bis 12. Mai 1918, mit den Brotarten zusammen (siehe die vorstehende Bekanntmachung des Polizeiamtes) ausgegeben.

§ 2.
Die Anmeldung des Bezugsrechtes für Butter und sonstige Speisefett, Zucker, Mühlenfabrikate, Aufstrichmittel und Kaffee-Ertrag hat bei einem zugelassenen Kleinhand ler in der Zeit vom 6. bis 11. März 1918 zu erfolgen.

In dieser Veranlassung wird noch besonders auf die Bekanntmachung des Polizeiamtes vom 8. Dezember 1917, betreffend Lebensmittelkartenhefte, hingewiesen, nach welcher Nachlässigkeiten in der Behandlung der Lebensmittelkartenhefte, wie sie bisher vorgekommen sind, vermieden werden müssen, um nicht einer missbräuchlichen Verwendung der Lebensmittelkartenhefte Vorschub zu leisten. Nach der oben erwähnten Bekanntmachung des Polizeiamtes haben die Kleinhand ler in erster Linie auf die ordnungsgemäße Ausfüllung der Karten zu achten und auch selber die vorgeschriebene Eintragung in das Heft vorzunehmen; sie haben insbesondere bei der Anmeldung des Bezugsrechtes jedes nicht ordnungsgemäß ausgefüllte Heft zurückzuweisen.
Nach Ablauf der Anmeldezeit dürfen Anmeldungen nicht mehr entgegengenommen werden. Als zugelassene Kleinhand ler gelten alle diejenigen Kleinhand ler, welche bisher eine Kundenliste aufgestellt haben, sofern sie nicht inzwischen durch Anordnung des Polizeiamtes vom Handel ausgeschlossen sind oder ihnen auf Anordnung der Nahrungsmittel-Verteilungsstelle die Weiterführung der Kundenliste untersagt ist.
Die für den Bezug von Mühlenfabrikaten und Aufstrichmitteln bei einem Großhändler eingegangene Verpflichtung der Kleinhand ler läuft vorläufig unangetastet weiter. Der Kreis der an der Verteilung dieser Waren beteiligten Großhändler bleibt auf die bisher teilnehmenden Firmen beschränkt.

§ 3.
Personen, welche in der vorgeschriebenen Ausgabefrist das Lebensmittelkartenheft nicht abgeholt oder die rechtzeitige Anmeldung des Bezugsrechtes (§ 2) vermisst haben, erhalten in der Zentrale, Königstraße 69 — in letzterem Falle gegen Rückgabe des Lebensmittelkartenheftes — die gleiche Lebensmittelkarte, welche für Zugehende, Besucher und Militärurlauber ausgegeben wird. Sie haben für den entsprechenden Zeitraum die Waren an den besonders auf der Karte vermerkten Ausgabe stellen zu entnehmen.

§ 4.
Von den Kleinhand lern sind alle Abschnitte für die Anmeldung des Bezugsrechtes und die Abschnitte, auf welche Waren abgegeben worden sind, nicht mehr los, sondern nach Arten getrennt, auf Klebebogen angeklebt, an die zuständigen Geschäftsstellen unter Beachtung der bestehenden oder der noch zu erlassenden Vorschriften einzureichen.
Die Klebebogen werden zum Preise von 1 Pf. für das Stück in der Nahrungsmittel-Verteilungsstelle, Schäffelbuden 18 II, abgegeben.

§ 5.
Die Kontrollabschnitte für die Anmeldung des Bezugsrechtes für Butter und Speisefett sind bis zum 14. März 1918, für alle anderen Waren bis zum 12. März 1918 mittags, aufgestellt von den Kleinhand lern abzuliefern:
für Butter und Speisefett: Breite Straße 66, Zimmer 4,
für Zucker: Breite Straße 65, Zimmer 5,
für Mühlenfabrikate, Aufstrich und Kaffee-Ertrag in der Nahrungsmittel-Verteilungsstelle, Schäffelbuden 18 II.
§ 6.
Feldbrotverleger und Milchlieferanten, welche von Meierien oder sonstigen Fütterzeugern Butter erhalten, dürfen für sich und für die von ihnen mit Butter zu versorgenden Personen Butter oder sonstiges Speisefett auf die Lebensmittelkarte für Butter oder sonstiges Speisefett nicht entnehmen. Das gleiche gilt für die Personen, welche von Selbstverlegern oder Milchlieferanten Butter oder Speisefett beziehen. Alle Lebensmittelkarten, auf

die Butter oder sonstiges Speisefett nicht entnommen werden dürfen, sind von den Inhabern spätestens bis zum 30. März 1918 in der Stadt an die Geschäftsstelle des Polizeiamtes, Breite Straße 66, Zimmer 4, in dem Eingemeindungsgebiet und im Landgebiet an die zuständigen Polizeibezirke zurückzugeben.
Selbstverleger mit Mühlenfabrikaten und Säbnerhalter haben die entsprechenden Lebensmittelkarten für sich und die von ihnen zu versorgenden Personen bis zum 30. März 1918 an die Nahrungsmittel-Verteilungsstelle, Schäffelbuden 18 II (Stadt und Vorstädte) bzw. die Kartenausgabe stellen in Travemünde und Schlutup, sowie im Eingemeindungsgebiet und Landgebiet an die zuständigen Polizeibezirke zurückzugeben.
Alle vorerwähnten Selbstverleger dürfen sich zum Bezuge derjenigen Lebensmittel, mit denen sie sich selbst versorgen, bei einem Kleinhand ler nicht anmelden.
Lübeck, den 28. Februar 1918. (882)

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung

über die Ausgabe von Fleischkarten.

Mit der Ausgabe der Brotarten (siehe die vorstehende Bekanntmachung des Polizeiamtes) wird diejenige der Fleischkarten verbunden. Dabei ist folgendes zu beachten:

I.
Die Fleischkarten umfassen in zwei Abschnitten von je vier Wochen den Zeitraum vom 18. März bis 12. Mai 1918.

Die Anforderung der Fleischkarten hat durch den Haushaltungsvorstand selbst oder einen zuverlässigen Bevollmächtigten zu geschehen; Kinder unter 12 Jahren dürfen keinesfalls geschickt werden. Bei der Ausgabe sind die Lebensmittelkartenhefte und die laufenden Fleischkarten vorzulegen.

Alle Kinder erhalten bis zum Beginn des Kalenderjahres, in dem sie das sechste Lebensjahr vollenden, nur die Hälfte der festgesetzten Wochenmenge (Kinderkarte); dies gilt also für die Kinder, die geboren sind in den Jahren 1913, 1914, 1915, 1916, 1917, 1918. Die Innehaltung dieser Bestimmungen wird nachgeprüft werden und ist daher genau zu beachten.

Fleischbrotverleger erhalten bei der allgemeinen Ausgabe keine Fleischkarten, sie haben sich wegen der Abrechnung ihrer Verforgung an die Geschäftsstelle des Polizeiamtes, Breite Straße 66, I, zu wenden. Im Landgebiet (mit Ausnahme der Orte Travemünde, Schlutup, Rüdnitz, Herrenmühl, Waldbußen, Steins, Dänischburg, Moisking, Genin, Borkwerf, Krempele-dorf, Jhrleisdorf, Gohmund) wohnhafte Personen, die keine Haushaltungen vorgenommen haben, erhalten ebenfalls keine Fleischkarten; sie haben einen schriftlichen Antrag auf Zuteilung von Fleischkarten bei dem Polizeiamt, Breite Straße 66, I, zu stellen. In dem Antrag muß die Zahl der zum Haushalt gehörigen erwachsenen Personen und der Kinder unter 6 Jahren angegeben sein. Die Richtigkeit der Personenzahl ist von den Gemeindevorständen oder den Polizeibezirken zu bestätigen.

Die den Fleischkarten anhängenden Belegabschnitte sind zu den auf ihnen vermerkten Terminen (deutlich lesbar ausgefüllt) demjenigen Schlachter einzureichen, bei welchem Fleisch und Fleischwaren entnommen werden sollen. Die Fleischkarte selbst ist ebenfalls dem Vorbrud gemäß von dem Inhaber oder dessen gesetzlichem Vertreter auszufüllen.

II.
Wer den mit der Ausgabe der Karten beauftragten Beamten, Anzeigern oder Gemeindevorstehern unrichtige Angaben macht wird mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu fünfzehnhundert Mark bestraft.

III.
Am Sonnabend, dem 9. März 1918, können die Fleischkarten noch bei den Polizeiamt abgeholt werden; vom Montag, dem 11. März, an sind sie im Gebiet der Stadt und Vorstädte nur in der Ausgabe stelle Königstraße 69 erhältlich.
Lübeck, den 28. Februar 1918. (883)

Das Polizeiamt.

Ausgabe von Brotarten

für Kinder unter einem Jahr.

1. Für die nächsten acht Wochen vom 9. März bis 8. Mai 1918 werden für Kinder unter einem Jahre Brotarten über wöchentlich ein Pfund Brot oder 350 Gramm Mehl ausgegeben. Das Alter der Kinder ist durch Geburtschein, Taufschein, Impfschein oder sonstige Urkunden nachzuweisen.

Bei Stellung des Antrages ist das Lebensmittelkartenheft vorzulegen und der Kopf der abgelaufenen Brotkarte zurückzugeben.

2. Wenn das Kind das erste Lebensjahr vollendet hat, ist die Brotkarte für die auf den Geburtstag folgende Zeit an die zuständige Ausgabe stelle zurückzugeben. Nur gegen Rückgabe dieser Karte wird dem Kinde eine Hauptbrotkarte erteilt.

3. Die Brotarten werden vom 5. März 1918 ab während der üblichen Geschäftsstunden ausgegeben

a) für die Stadt und die Vorstädte in der Ausgabe stelle des Polizeiamtes, Königstraße 69,
b) für Travemünde durch die Geschäftsstelle der Behörde für Travemünde, für das übrige Eingemeindungsgebiet durch die zuständigen Polizeiamt,
c) für das Landgebiet durch die Gemeindevorstände.

4. Ein Anspruch auf Vermittlung der Brotkarte besteht in keinem Falle.

5. Wer dem mit der Ausgabe der Brotarten betrauten Beamten oder Angestellten des Polizeiamtes oder den Gemeindevorständen gegenüber unrichtige Angaben macht, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis zu 50 000 Mk. oder mit einer dieser beiden Strafen bestraft.
Lübeck, den 1. März 1918. (884)

Das Polizeiamt.

Ausgabe von Zusatzbrotarten

für schwangere Frauen.

1. Für die nächsten acht Wochen vom 9. März 1918 bis zum 3. Mai 1918 werden für schwangere Frauen Zusatzbrotarten über wöchentlich ein Pfund Brot oder 350 Gramm Mehl ausgegeben.

2. Berechtigt zum Bezuge von Zusatzbrotarten sind schwangere Frauen vom 5. Monat der Schwangerschaft ab, die hierüber eine Bescheinigung des Arztes oder der Hebamme vorlegen.

Bei Stellung des Antrages ist das Lebensmittelkartenheft vorzulegen und der Kopf der abgelaufenen Brotkarte zurückzugeben.

3. Die Zusatzbrotarten werden vom 5. März 1918 ab in den üblichen Geschäftsstunden ausgegeben

a) für die Stadt und die Vorstädte in der Ausgabe stelle des Polizeiamtes Königstraße 69,
b) für Travemünde durch die Geschäftsstelle der Behörde für Travemünde, für das übrige Eingemeindungsgebiet durch die zuständigen Polizeiamt,
c) für das Landgebiet durch die Gemeindevorstände.

4. Wer unrichtige Bescheinigungen ausstellt oder unrichtige Angaben macht, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 50 000 Mk. oder mit einer dieser beiden Strafen bestraft.
Lübeck, den 1. März 1918. (885)

Das Polizeiamt.

Warenausgabe

in der Woche vom 4. bis 10. März 1918.

1. Auf die Bezugskarten des Lebensmittelkartenheftes und die Lebensmittelkarte.

Butter:	Abschnitt 15	30 Gramm	Auslandsbutter zum Preise von 80 Pf.
Speisefett:	15	40 "	Margarine zum Preise von 16 Pf.
Zucker:	19-23	je 125 Gramm	Zucker.
Mühlenfabrikate:	17	100 Gramm	Rudeln (Wassermare zum Preise von 60 Pf. für 1/2 kg.
Aufstrichmittel:	16	250 Gramm	Rübenaft zum Preise von 50 Pf. für 1/2 kg.
Warenkarte:	31	125 Gramm	Marmelade zum Preise von 90 Pf. für 1/2 kg. (soweit vorrätig.)

Auf die Bezugskarten des Lebensmittelkartenheftes sind Butter, Speisefett, Zucker, Mühlenfabrikate und Aufstrichmittel in den Geschäften zu entnehmen, bei welchen die Anmeldung des Bezugsrechts erfolgt ist.

Auf die Lebensmittelkarte dürfen diese Waren nur in den auf der Rückseite der Karte vermerkten Geschäften verabfolgt und entnommen werden.

2. Auf die Bezugsausweise für Militärurlauber vom 4. bis 10. März 1918.

Ganze Wochenmenge	30 Gramm	Auslandsbutter, 40 Gramm	Margarine, 125 Gramm	Zucker, 100 Gramm	Rudeln, 250 Gramm	Rübenaft, 15 Gramm	Auslandsbutter, 20 Gramm	Margarine, 75 Gramm	Zucker, 50 Gramm	Rudeln, 125 Gramm	Rübenaft oder Marmelade.
-------------------	----------	--------------------------	----------------------	-------------------	-------------------	--------------------	--------------------------	---------------------	------------------	-------------------	--------------------------

Die Ware ist in den auf der Rückseite der Karte verzeichneten Geschäften zu entnehmen.

3. Auf die Fettzusatzkarte für Schwerstarbeiter, Abschnitt 40 und 41 je 250 Gramm Weichfett zum Preise von 55 Pf.

4. Auf Butterbezugskarte, 1/3 der höchstzulässigen Bezugsmenge und zwar 3 Teile in Auslandsbutter und 4 Teile in Margarine.

Der Abschnitt 31 der Warenkarte wird in der Woche vom 4. bis 10. März, nur eingelöst, soweit bei den Kleinhand lern Restbestand an Marmelade vorhanden ist. Der Abschnitt behält für die nächstfolgende Woche Gültigkeit.

Lübeck, den 28. Februar 1918. (880)

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung

betreffend die Abgabe von Kartoffeln.

Der Ausschuss für Kriegshilfe bestimmt hierdurch:

I.
Vom 4. bis 10. März ds. Js. dürfen auf Abschnitt 23 der gelben Kartoffelkarte 7 Pfund Kartoffeln entnommen und abgegeben werden.

II.
Zwiderhandlungen unterliegen den bestehenden Strafbestimmungen.
Lübeck, den 2. März 1918. (902)

Der Ausschuss für Kriegshilfe.

Bekanntmachung

betreffend Fleischverkauf.

In der Woche vom 4. bis 10. März 1918 werden 200 gr Rindfleisch oder 500 gr Fleischwurst oder 250 gr anaerücherte oder 200 gr Dauerwurst, auf die Kinderkarte die Hälfte, ausgegeben.
Lübeck, den 1. März 1918. (879)

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung.

Verpachtet werden verschiedene Wiesen- und Freizeitstiegeflächen für das Jahr 1918. Die Pachtbedingungen liegen im Bauamt zur Einsicht aus. Pachtangebote sind bis zum 16. März 1918, mittags 12 Uhr, daselbst einzureichen. (871)

Das Bauamt, Abt. Wasserbau.

Viehählung.

Haushaltungen, die Vieh (Pferde, Rindvieh, Schafe, Schweine, Ziegen, Federvieh oder Kaninchen) besitzen, und bei denen bisher ein Zähler nicht erschienen ist, haben ihren Viehbestand sofort dem Statistischen Amte, Fleischhauerstraße 18, II, zu melden. 888

Lübeder gemeinnützige Milchversorgung

e. G. m. b. H. zu Lübeck.

Wir bitten unsere Mitglieder, bei Einzahlungen auf ihren Anteil stets der Bank das Mitgliedsbuch vorzulegen. Die mit uns arbeitenden Banken sind angewiesen worden, künftig nur im Mitgliedsbuch zu quittieren.

Etwa noch nicht abgeholte Mitgliedsbücher sind in der Bank für Handel und Gewerbe, Breite Straße 40, vormittags abzugeben. Der Zutritt zur General-Versammlung am Dienstag, dem 5. März, kann nur nach Vorlage des Mitgliedsbuches erfolgen.

Der Vorstand,
J. A.: Julius Heise, Vorsitzender.

Trauerfallshalber bleibt mein Geschäft am Montag, dem 4. März, den ganzen Tag geschlossen. Johannes Holst, Markt und Kohlmarkt 6. (897)

Trockenes Tannenholz

zum Anheizen frei Haus per Sad 3.20, ab Lager 3.— empfohlen (868)

Heinrich Boye, Kohlen- und Holzhandlung, Lindenstr. 17 a. Fernruf 918.

Kränze, Buketts und Girlanden

liefert billigst Fr. Schmidt Bülowstraße 11, Markt und Dornestraße 16 a, Holstenort. Fernsprecher 1113.